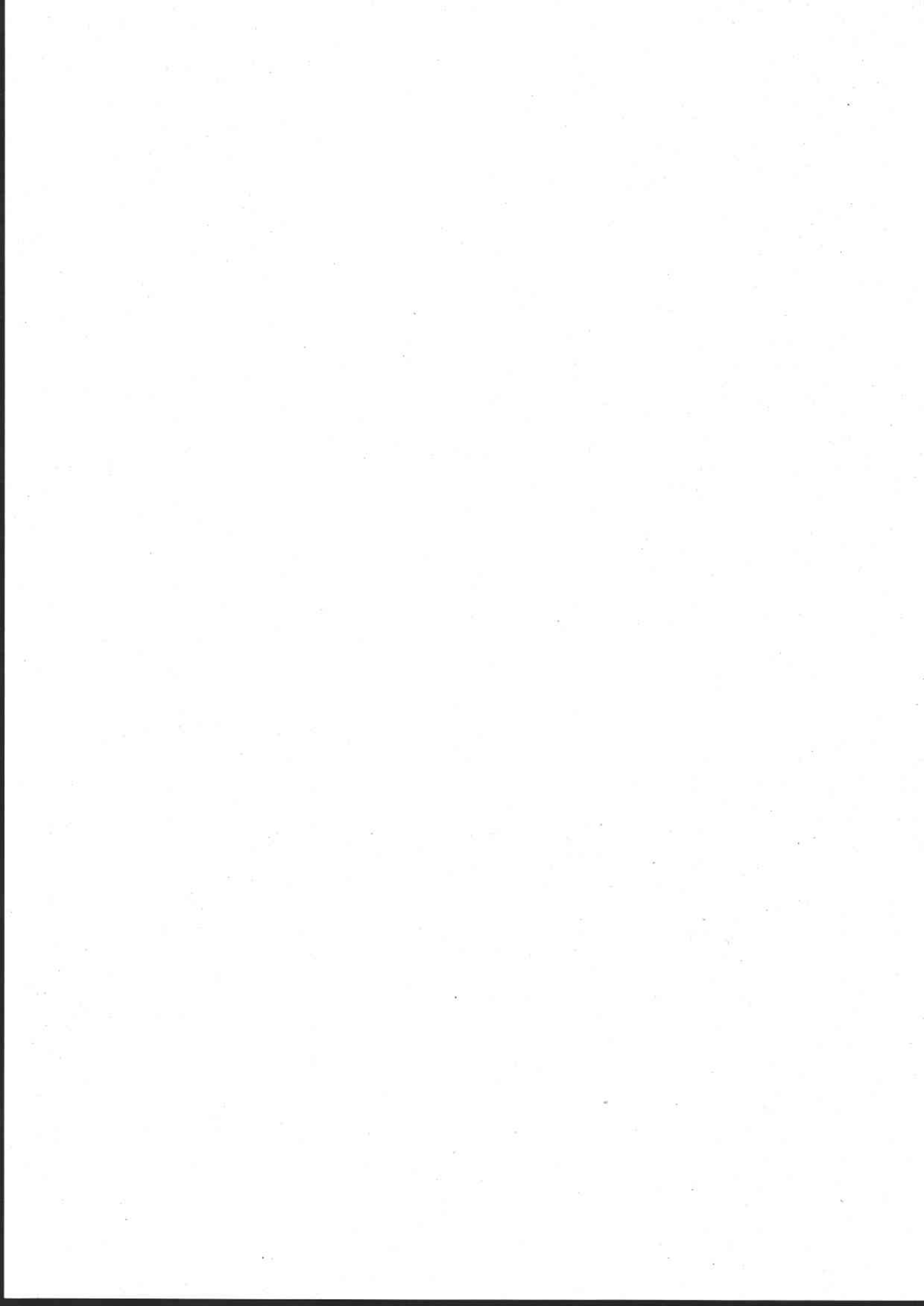


lfd. Nr. 1, Antrag Nr. 12/246 der CDU-Fraktion
Unterstützung Netzwerke Naturparke

Beschluss des Landschaftsausschusses:

„Um die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Naturparke im Rahmen der Netzwerkbildung Umwelt des LVR sowohl für die Außenwirkung als auch für die Bevölkerung im Rheinland zu verstärken, ist ein Betrag von 20.000 Euro im Rahmen der Gesamtdeckung zur Verfügung zu stellen. Zur Verstärkung der personellen Ressourcen wird im Umweltamt eine weitere Volontariatsstelle eingerichtet, deren Aufwendungen ohne Anrechnung auf das Personalkostenbudget im Rahmen der Gesamtdeckung zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.“





FDP

Die Liberalen

Eing. 1 & Jan. 2008
- 06 - A

Antrag-Nr. 12/249

Vorab an LS, EA, LW?
Freiburger
Von LW

öffentlich

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Krankenhausausschuss 3	21.01.2008	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 2	22.01.2008	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 4	23.01.2008	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 1	24.01.2008	zur Kenntnis
Gesundheitsausschuss	25.01.2008	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	26.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Rheinische Kliniken zukunftsfähig aufstellen

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsverband Rheinland will die Rheinischen Kliniken zukunftsfähig aufstellen. Die hierzu notwendigen Investitionen sollen die Entwicklung hin zu dezentralen, gemeindenahen und ambulanten Versorgungsstrukturen unterstützen. In diesem Sinne wird die Verwaltung beauftragt,

1. die allgemein- und gerontopsychiatrischen Tagesklinikprojekte in Viersen und Köln sowie für das tagesklinische Zentrum in Düsseldorf (Uni-Gelände) umzusetzen. Darüber hinaus sollen die Planungen für eine Dependence der Rheinischen Kliniken Düren in Bergheim, für die Aufnahmeklinik Kinder- und Jugendpsychiatrie in Viersen und ein dezentrales stationäres Angebot für Kinder-/Jugendpsychiatrie in Neuss unverzüglich vorgelegt werden. Mit der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen soll schnellstmöglich begonnen werden;
2. eine zeitnahe Finanzierung für die jeweiligen Maßnahmen sicherzustellen. Im Rahmen eines Finanzierungskonzeptes sind unter anderem Verkaufserlöse von Immobilien auf den vorhandenen Klinikgeländen einzusetzen;

3. die Zielplanungen aller Kliniken sind unter Berücksichtigung der Aspekte "dezentral, gemeindenah, ambulant" zu aktualisieren.

Begründung:

Die oben genannten Projekte sind Teil des Dezentralisierungsprogramms und dienen der wohnortnahen Versorgung psychisch kranker Menschen. Sie ermöglichen stationäre und teilstationäre Angebote sowie Vor-Ort-Kooperationen mit ambulanten Anbietern. Darüber hinaus dienen sie dazu, regionale Lücken in bisher unzureichend versorgten Gebietskörperschaften des Rheinlandes zu beseitigen.

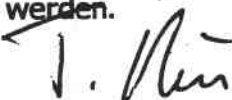
Die erstgenannten drei tagesklinischen Projekte konnten ungeachtet ihrer Verankerung im Krankenhausplan des Landes bislang nicht umgesetzt werden, da die Finanzierung durch das Land nicht gewährleistet ist.

Der Aufbau einer Dependance in Bergheim zielt auf die Verbesserung der Versorgung im Rhein-Erft-Kreis und damit in einem großen Flächenkreis, der bislang ohne eigenes stationäres psychiatrisches Hilfeangebot ist. Die stationäre Einheit für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Neuss führt zu einer wesentlichen Verbesserung der wohnortnahen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung im Rhein-Kreis Neuss, der bislang ebenfalls noch über keine entsprechenden Angebote für Kinder und Jugendliche verfügt.

Die Krankenhausinvestitionsfinanzierung ist in NRW – ähnlich der Schulfinanzierung - auf eine Pauschalfinanzierung umgestellt worden. Die vom Land vorgesehenen Pauschalen sind, wie schon die Projektförderung der Vergangenheit, unzulänglich und machen daher auch zukünftig Trägermaßnahmen unverzichtbar. Ferner ist nicht absehbar, wann die betroffenen Kliniken erstmals pauschale Fördermittel erhalten werden. Eine Neuverschuldung ist nicht sinnvoll.

Deshalb muss für jede einzelne Maßnahme eine kommunalfreundliche Finanzierung gefunden werden. Hierzu sollen unter anderem Liegenschaften veräußert und deren Erlös bei der Finanzierung eingesetzt werden.

Um eine gute Versorgung der psychisch kranken Menschen zu gewährleisten und um die Zukunftsfähigkeit der Kliniken zu sichern, muss mit der Umsetzung unverzüglich begonnen werden.



Thomas Böll



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler

lfd. Nr. 3, Antrag Nr. 12/250 SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP
Zukunft der Rhein. Kliniken gestalten – gemeindenahe Versorgung verbessern

Beschluss des Landschaftsausschusses:

„Der Landschaftsverband Rheinland will Menschen mit psychischen Erkrankungen eine optimale Behandlung zu kommen lassen. Sie soll gemeindenah und, wenn immer möglich, ambulant sein. Die Übergänge zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Behandlungsangeboten müssen entsprechend der Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten durchlässig sein.

Die Rheinischen Kliniken sind dabei ein wesentlicher Baustein der Versorgung und müssen sich weiterhin den Anforderungen an eine moderne, patientengerechte Psychiatrie stellen. Ambulante Strukturen müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Um diese Ziele zu erreichen, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Rahmenkonzeption für Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Rheinischen Kliniken entwickeln

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung eine Rahmenkonzeption zu entwickeln, die sowohl die Anforderungen an eine voll- und teilstationäre Regel- und Pflichtversorgung sowie erforderliche spezialisierte Behandlungsangebote (z. B. Suchterkrankungen bei Minderjährigen) berücksichtigt. Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, für die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses und der Krankenhausausschüsse eine Berichtsvorlage über die aktuelle Aufnahmesituation in den kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen und Tageskliniken der Rheinischen Kliniken zu erstellen. Dabei ist insbesondere auf bestehende Kapazitätsengpässe einzugehen und über geplante Maßnahmen zur Reduzierung von Wartelisten zu berichten.

2. Verbundkooperationen fördern

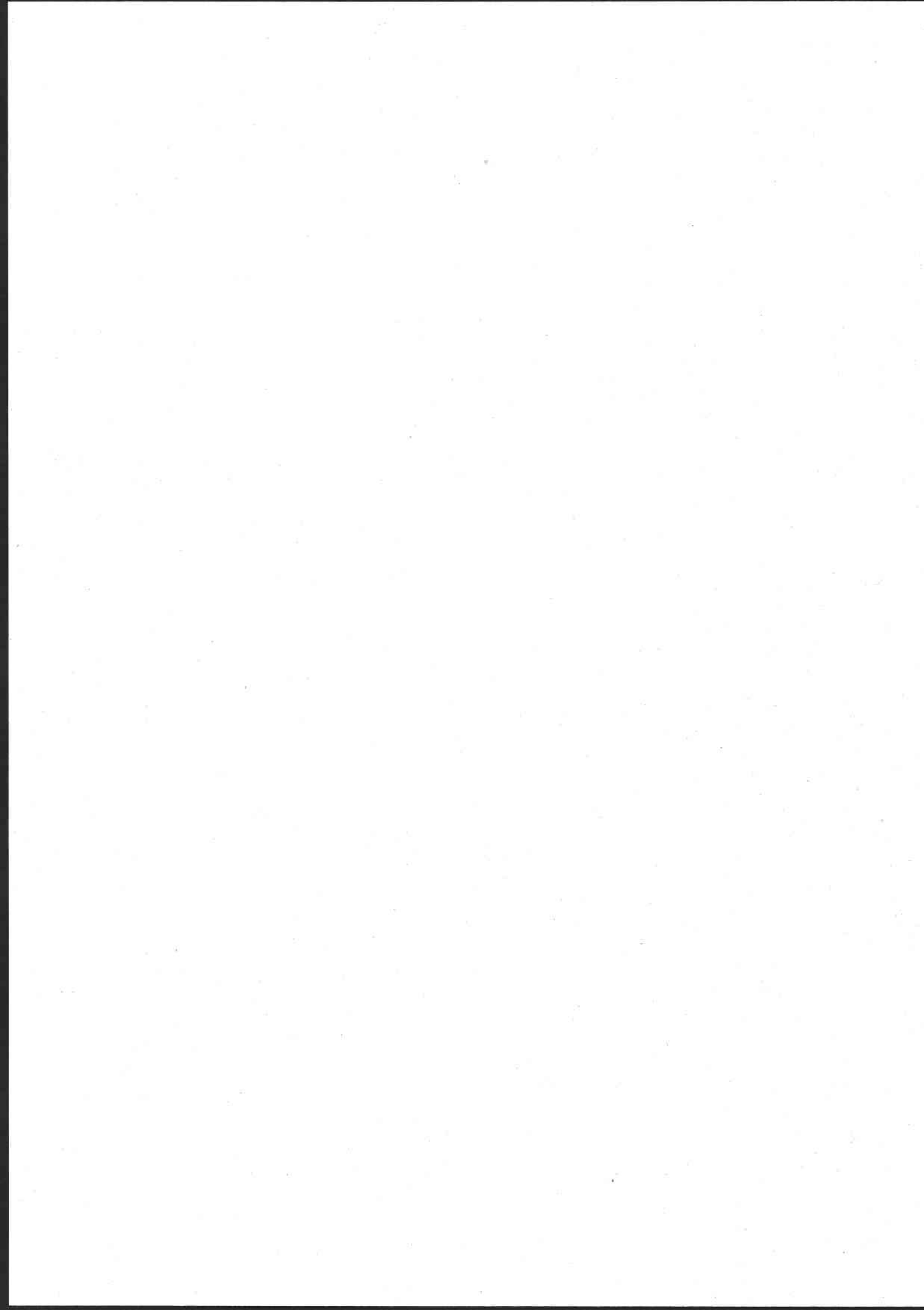
Entsprechend der „Rahmenkonzeption für die Förderung von Verbundkooperationen“ (Vorlage 12/2468/1) sollen zur Weiterentwicklung der regionalen Vernetzung der Rheinischen Kliniken schnellstmöglich an allen Rheinischen Kliniken Verbundkooperationen aufgebaut und gefördert werden.

3. Hilfen für psychisch kranke Menschen mit Migrationshintergrund weiterentwickeln

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushaltsjahr 2008 ein weiteres Kompetenzzentrum für Migration zu etablieren. Die Mittel sind auf 63.000 € pro Stelle aufzustocken.

4. Anreizprogramm Gerontopsychiatrische Zentren entwickeln

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Anreizprogramm „Gerontopsychiatrische Zentren“ zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen mit dem Ziel, den Kommunen einen Anreiz zu geben, bedarfsgerechte Gerontopsychiatrische Zentren mit allen dazugehörigen Elementen aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln (s. Vorlage 12/2322).“

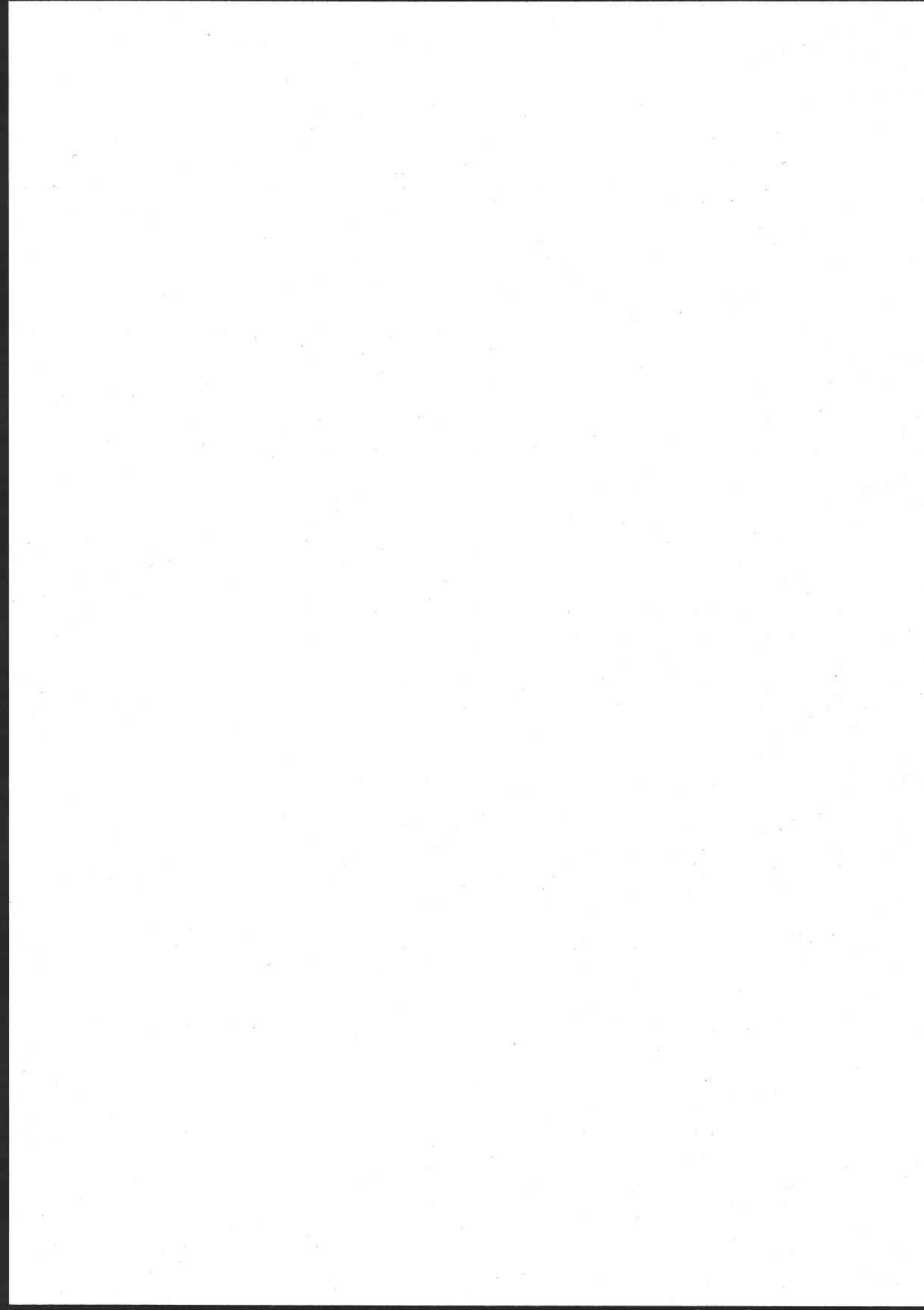


lfd. Nr. 4, Antrag Nr. 12/251 SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP
Umwandlung der Rheinischen Förderschulen für Sprache und Hören in Ganztagschulen

Beschluss des Landschaftsausschusses:

„Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Land die Umwandlung unserer Rheinischen Förderschulen für Sprache sowie der Förderschulen für Sehen und Hören in Ganztagschulen voranzutreiben und entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt zu berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass ihre Zustimmung unter dem Vorbehalt erfolge, dass die Verwaltung für jeden Antrag einer Schule auf Umwandlung in eine Ganztagschule dem Schulausschuss rechtzeitig eine entsprechende Kosteneinschätzung vorlege, damit im Rahmen der Beratung über den Antrag und ggfs. Beschlussfassung der Politik alle relevanten Fakten vorliegen würden.“





Eing 18 Jan. 2008
- 06 -

Antrag-Nr. 12/252

öffentlich

Vonab an LO Einl,
Lini, Linig
Fraktion
Vom LVR

Datum:
Antragsteller:

15.01.2008
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	22.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Fachtagung Wohnformen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung/ Informationsveranstaltung für behinderte Menschen, Angehörige und Träger vorzubereiten und durchzuführen, in der unterschiedliche Wohnformen dargestellt werden.

Begründung:

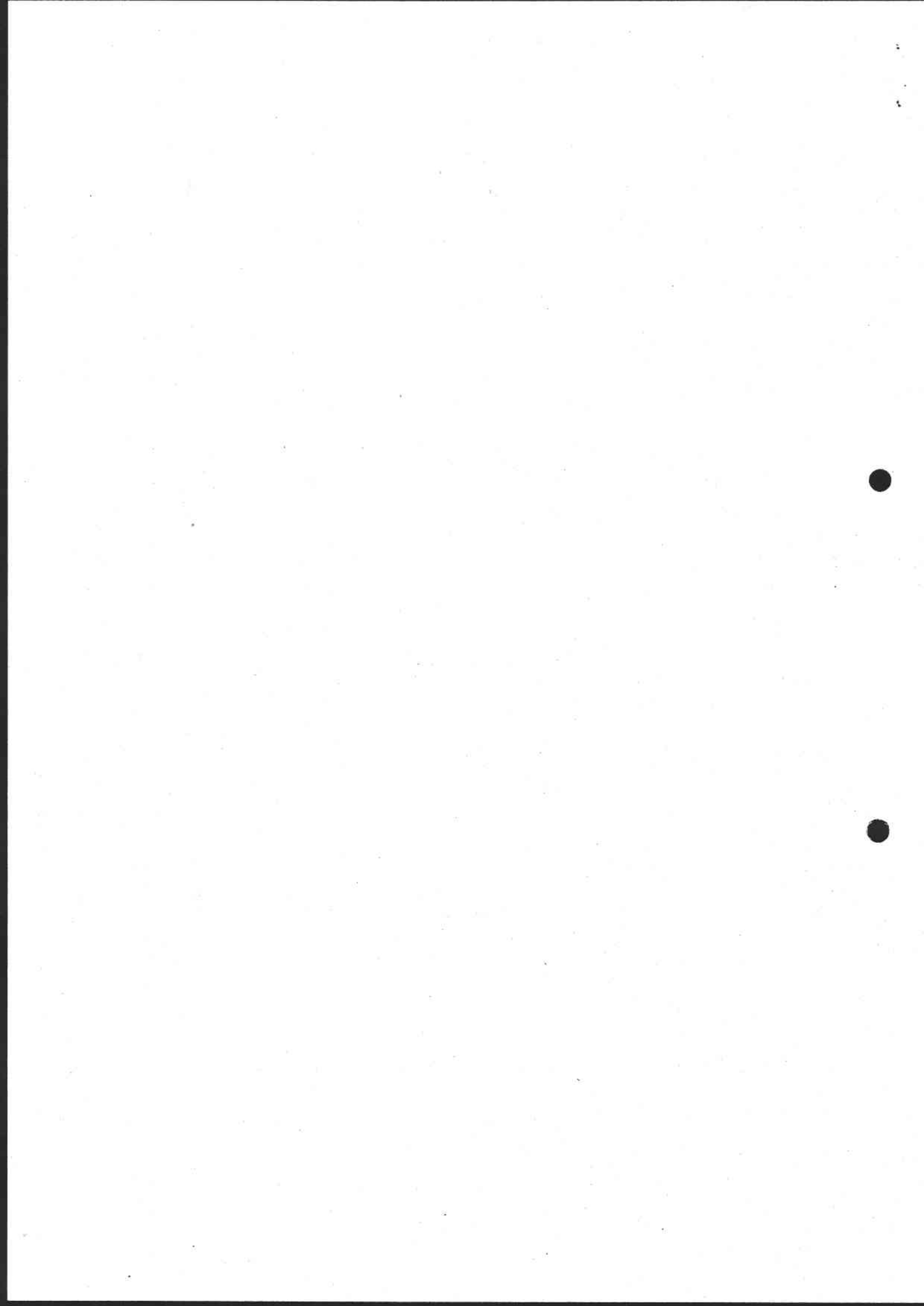
Der LVR hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen erfolgreich unternommen, Menschen mit Behinderungen mehr Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Autonomie zu ermöglichen. Insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ wurden die Angebote zur ambulanten Betreuung zum selbständigen Wohnen (sog. betreutes Wohnen) flächendeckend aufgebaut. Aus der Sicht der Betroffenen und ihrer Angehörigen gibt es jedoch nach wie vor manche Vorbehalte und viele Ängste im Hinblick auf selbstständiges Wohnen außerhalb von Heimen. Es gibt andererseits sehr viele gute Beispiele, wie sie z. B. in der Broschüre „Leben wie es uns gefällt“ dargestellt sind.

Eine Fachtagung soll derartige Beispiele aufzeigen, Lösungsansätze darstellen, um Betroffenen, deren Angehörigen und anderen Beteiligten die Chancen selbstständiger Lebensführung näher zu bringen.

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





Die Liberalen

Eing 18. Jan. 2008
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/253

Vorab an LG Fern, ist in?
Fraktion
von Lars

öffentlich

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Gesundheitsausschuss	25.01.2008	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Rolle der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rolle der SPZ unter Berücksichtigung der veränderten Strukturen der Eingliederungshilfe und der ambulanten psychiatrischen Angebote aufzuzeigen und Perspektiven für die Zukunft darzustellen. Hierbei sollen auch Optionen im Bereich der gerontopsychiatrischen Versorgung, eine verstärkte Ausrichtung auf das Leistungsspektrum nach SGB V und eine Optimierung der Vernetzung des Leistungsangebot in einer Region geprüft werden. Der in Planung befindliche Prüfauftrag der Verwaltung an die Aktion Psychisch Kranke soll diese Themenstellungen mit einbeziehen. Zielvereinbarungen mit den Trägern sollen erarbeitet werden.

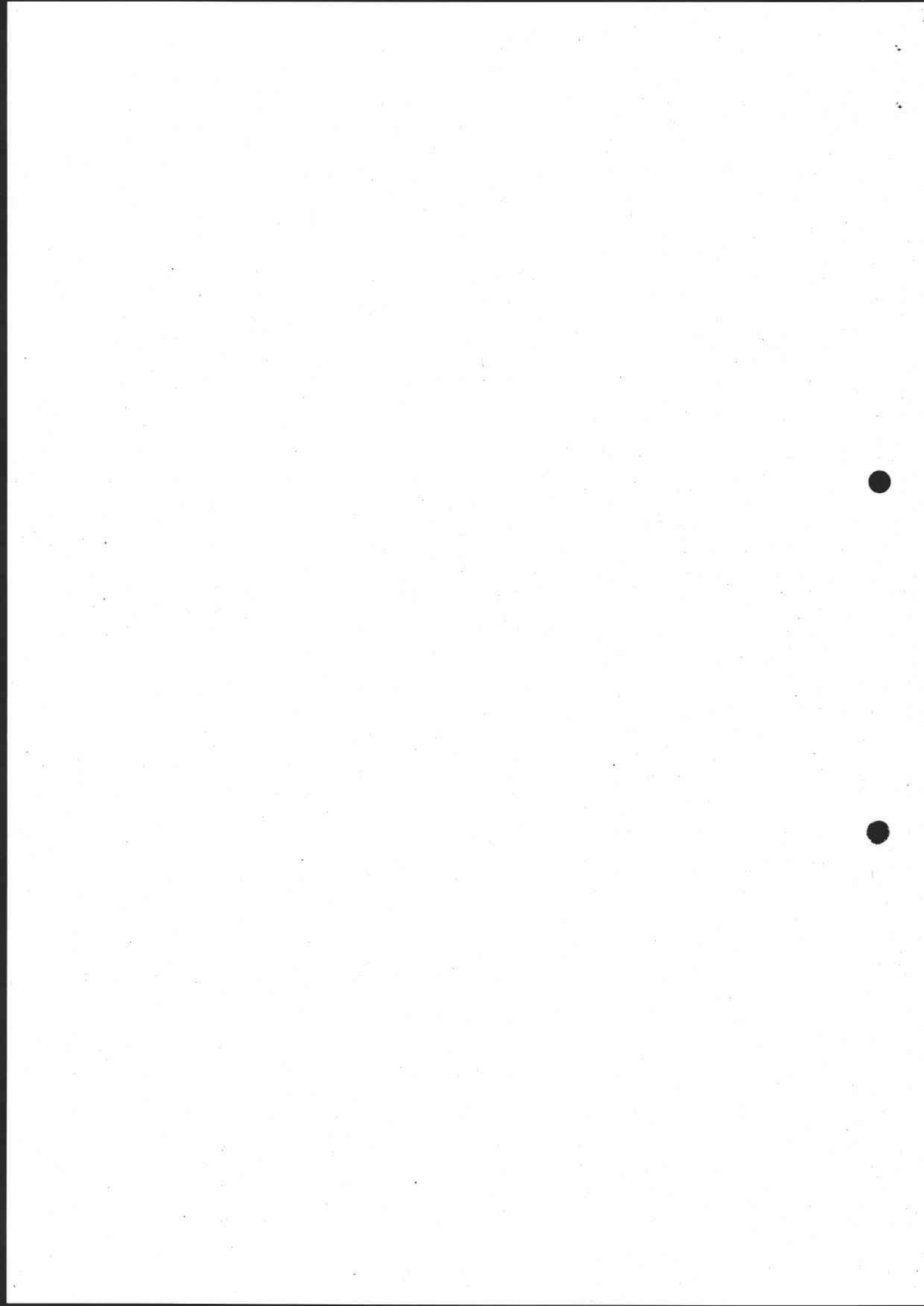
Begründung:

Die SPZ als zentraler Baustein der ortsnahen psychiatrischen Beratung und Betreuung haben sich bewährt. Andererseits hat sich das Umfeld der SPZ, aber auch zum Teil das Klientel in den letzten Jahren verändert. Die Rolle der SPZ ist möglicherweise neu zu bestimmen oder nachzujustieren und im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen weiter zu entwickeln. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorstellungen der politischen Vertretung in den jeweiligen Fachausschüssen vorzustellen.

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





Eintr. 23. Jan. 2008
- 06 -

Antrag-Nr. 12/254

öffentlich

Vorab an LG Ed.,
Liniert, Liniert
Fraktion
Von LVR

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	22.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Krisenintervention / Notfallsituationen

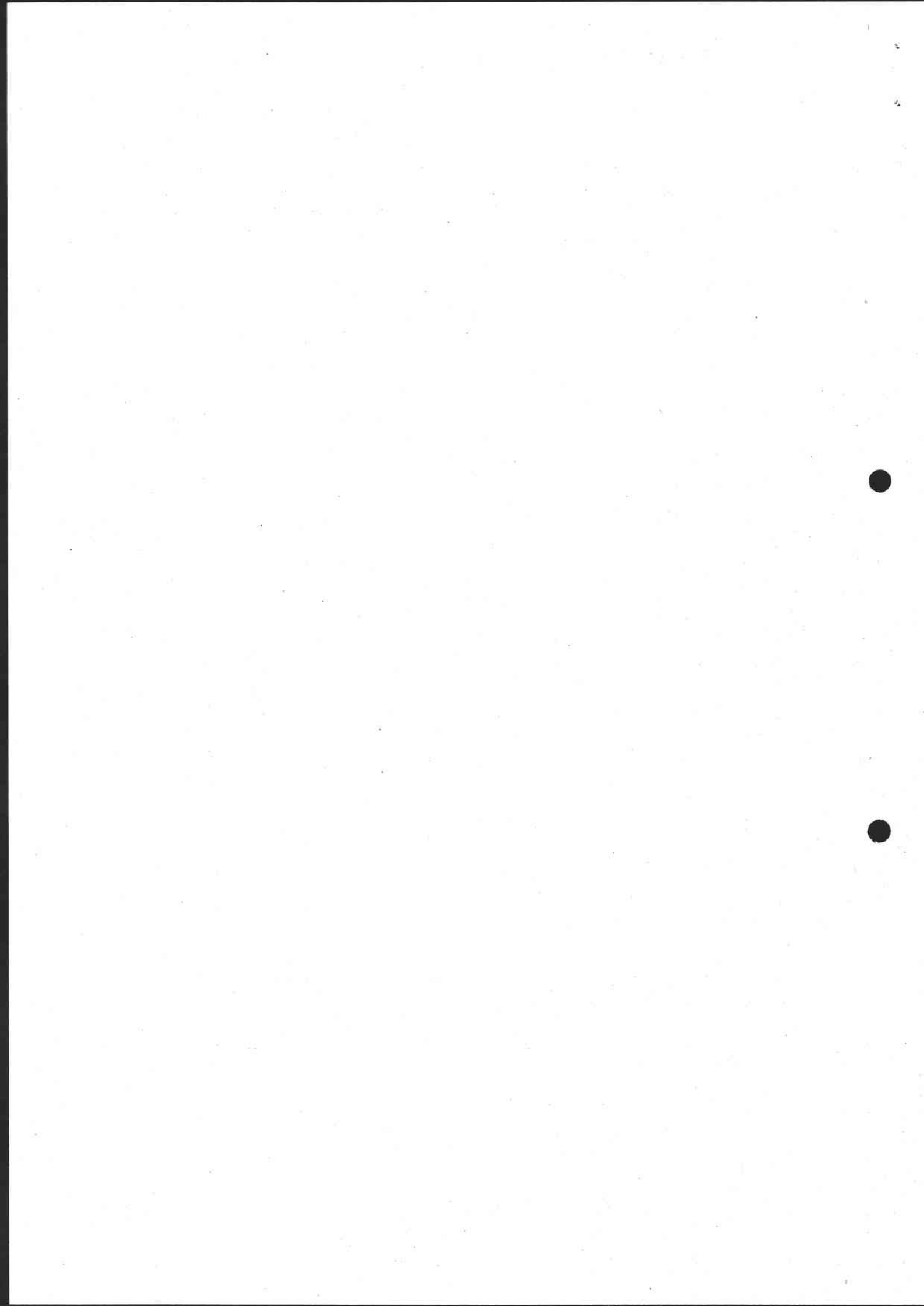
Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Konzepte zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen bei Krisen, unvorhergesehenen Situationen oder Notfallsituationen zu erarbeiten, soweit dies in der Zuständigkeit des LVR möglich ist.

Begründung:

Menschen mit Behinderungen, die selbstständig leben und wohnen, benötigen in Krisensituationen oder Notfällen Unterstützung. Im Heimbereich werden entsprechende Leistungen, wie zum Beispiel Nachtwachen, Krisendienste, Interventionen in besonderen Situationen, durch das System selbst vorgehalten. Im Zusammenhang mit dem selbstständigen Leben und Wohnen gibt es Derartiges nur in Ansätzen oder oft überhaupt nicht. Dabei geht es beispielsweise um unvorhergesehene Situationen am Wochenende oder in der Nachtzeit wie auch unechte psychotische oder sonstige psychiatrische Krisen. Die üblichen Systeme sind auf spezielle Zielgruppen, wie zum Beispiel Menschen mit geistiger Behinderung, nicht ausgerichtet. Hier fehlt ein in sich stimmiges Gesamtkonzept.

Thomas Böll Ulrike Kessing Hans-Otto Runkler
[Handwritten signatures]





8

Eing 25. Jan. 2008
- 06 -

Antrag-Nr. 12/255

Vorab an LVR
LVR, LVR
Freiheim
Van LVR

öffentlich

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	22.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008
Probewohnen im Rahmen des Anreizprogramms "Ambulant vor stationär"**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Erprobung des selbständigen Wohnens konzeptionelle Überlegungen vorzustellen.

Begründung:

Es ist Ziel des LVR, möglichst vielen Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern die Chance selbständiger Lebensführung außerhalb des Heimes zu ermöglichen. Dazu sind bereits viele Anstrengungen unternommen worden. Diesem Ziel dient auch die Rahmenzielvereinbarung zwischen den Verbänden der Wohlfahrtspflege und den beiden Landschaftsverbänden zum Platzzahlabbau.

Unabhängig von diesen strukturellen Verbesserungen müssen die Menschen selbst die Möglichkeit haben, die Selbständigkeit „zu erproben“, wenn sie noch nicht sicher sind, den Schritt in die Selbständigkeit endgültig zu tun. Dazu gibt es diverse Anstrengungen und Möglichkeiten des „Probewohnens“. Es gibt bisher keine generelle Regelungen und Angebote zu diesem Thema.

Die Verwaltung wird gebeten, dazu Vorstellungen zu entwickeln und vorzulegen, wobei gewährleistet sein muss, dass die Heimplätze für die betroffenen Menschen zunächst erhalten bleiben.

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler



9

Empf. 21. Jan. 2008
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/256

Vorab an CO₂, EER, LA in 9
Fraktionen
Von Ulan

öffentlich

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Umweltausschuss	30.01.2008	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	26.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Nachhaltigkeitsfonds

Beschlussvorschlag:

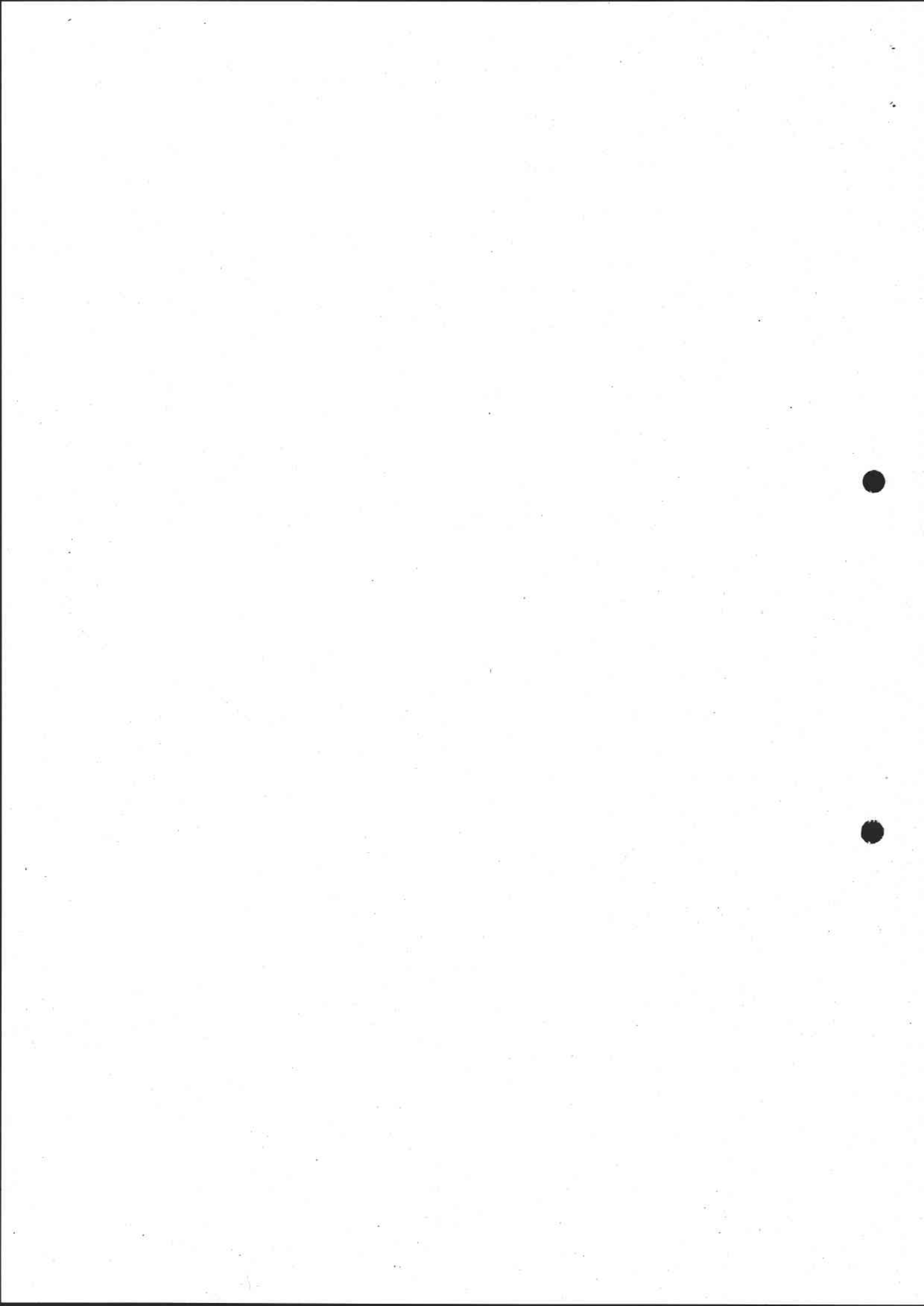
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für einen Nachhaltigkeitsfonds zur Unterstützung regenerativer Energien und zur Umsetzung energieeffizienter Maßnahmen zu entwickeln. Die Investitionskosten für Energieeinsparungen sollen dabei mit den Kosteneinsparungen finanziert werden, die durch die Umsetzung der Energiesparmaßnahmen erreicht werden (Intracting). Dritte sollen die Möglichkeit erhalten, in den Fond einzuzahlen, um damit beispielsweise die Senkung von CO₂-Emissionen zu fördern.

Begründung:
erfolgt mündlich

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





Die Liberalen

Eing: 22 Jan. 2008
- 06 - R

Vorab an LD, ECA, Lini 9
Fraktion
Vas Lkers

Antrag-Nr. 12/257

öffentlich

Datum: 15.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Umweltausschuss	30.01.2008	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	26.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Fotovoltaik

Beschlussvorschlag:

Solaranlagen leisten einen nennenswerten Beitrag zur Einsparung fossiler Brennstoffe und Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

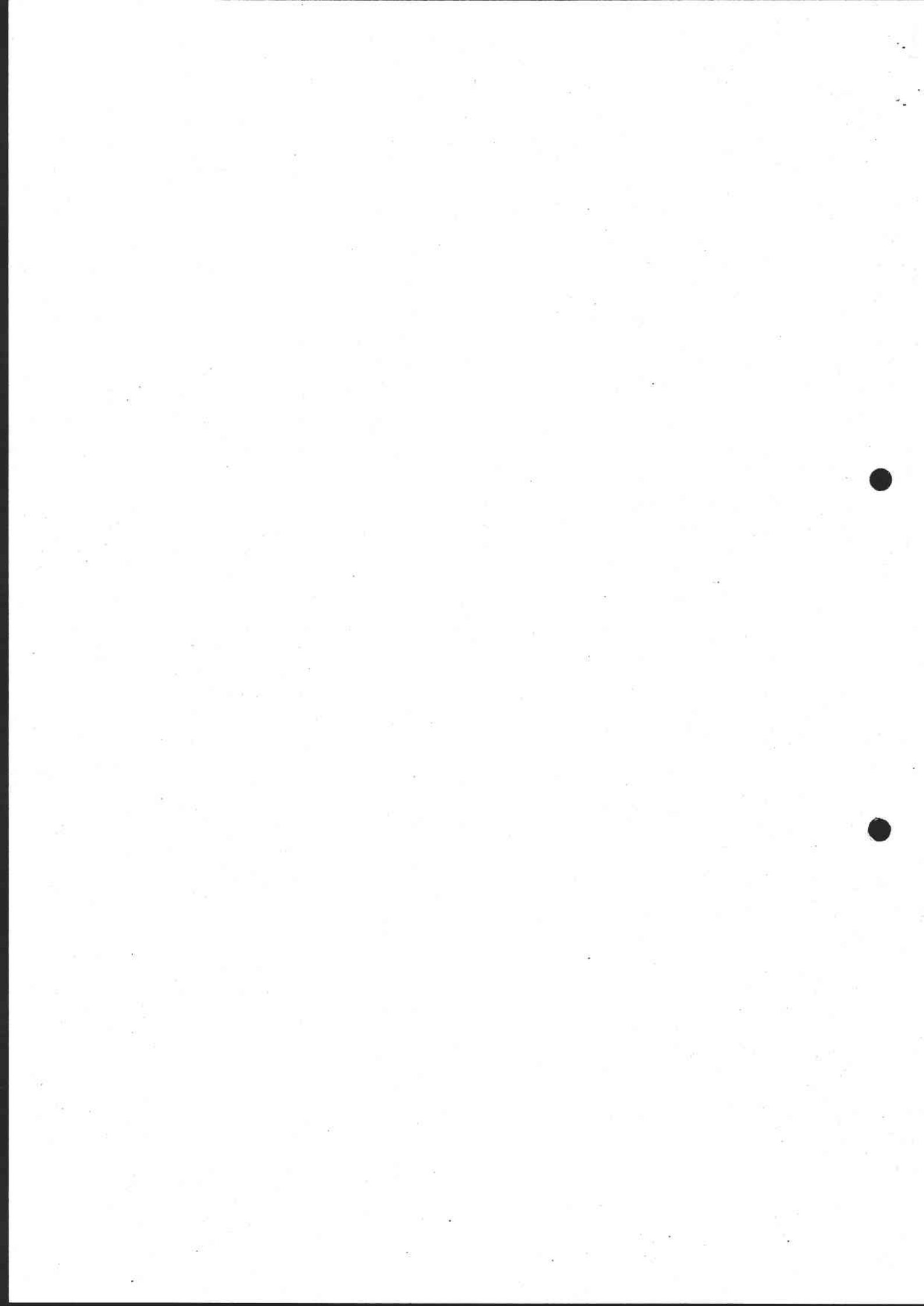
Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz von thermischen Solaranlagen oder von Fotovoltaikanlagen bei anstehenden Neubauten als auch bei der Sanierung von Bestandsgebäuden standardmäßig einzuplanen. Darüber hinaus sollen die übrigen Dachflächen systematisch erfasst und in geeigneten Losgrößen oder als Einzelflächen ausgeschrieben und privaten Investoren zur Installation von Fotovoltaikanlagen angeboten werden. Das Produktziel wird entsprechend präzisiert.

Begründung:
erfolgt mündlich

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

11

Eing 25. Jan. 2008

06 -

Antrag-Nr. 12/258

Vorab an LA, EA, LR 13, LR 4
Fraktion
Von L. Kus

öffentlich

Datum:

15.01.2008

Antragsteller:

SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Landesjugendhilfeausschuss	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	03.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008

Einrichtung einer Koordinierungsstelle "vernachlässigte Kinder/Kinderarmut"

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine dezernatsübergreifende Koordinierungsstelle „Kinderschutz“ mit dem Schwerpunkt "vernachlässigte Kinder-/Kinderarmut" einzurichten.

Begründung:

Die Themen „Vernachlässigte Kinder/Kinderarmut“ sind richtigerweise verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Diese gesellschaftlichen Probleme gilt es aktiv anzugehen und zu bekämpfen.

Bis zu einem Viertel aller Kinder zum Beispiel in NRW leben nach Feststellungen diverser Studien in Armut. Das kann nicht weiter hingenommen werden.

Es ist erforderlich, dass die jeweils auf ihrer Ebene (Kommune, Kreis, LVR, Land) verantwortliche Politik dazu beiträgt, ein abgestimmtes Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln und mit den jeweiligen anderen Akteuren zu vernetzen.

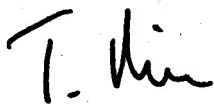
Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland hat sich in vielfältiger Weise bereits in der Vergangenheit mit den Themenstellungen „Vernachlässigte Kinder/Jugendliche, Kinder-/Jugendarmut“ auseinandergesetzt.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass das gesamtgesellschaftliche Problem „Kinderarmut, vernachlässigte Kinder“ nur durch konsequente Herangehensweise bekämpft werden kann. Konzentrierte Aktionen der politisch Handelnden sind zwingend notwendig.

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Vernachlässigte Kinder/Kinderarmut“ beim Landesjugendamt Rheinland wird einerseits nach außen signalisiert, dass der LVR aktiv und personalisiert/institutionalisiert mithelfen will, die Problemstellungen anzugehen, andererseits wird für Verbände und Initiativen eine Plattform der Koordination und Kommunikation geschaffen. Darüber hinaus kann die Koordinierungsstelle mithelfen, Informationen zu sammeln

und Vernetzungsprozesse einzuleiten sowie auch eine wichtige fachliche Stimme bei der Bekämpfung des Problems zu sein.

Des Weiteren kann durch die Stelle die notwendige Beratung der betroffenen Personen gewährleistet werden.



Thomas Böhl



Ulrike Keesing



Hans-Otto Runkler



FDP

Die Liberalen

12

Empf. 21. Jan. 2008
-05- A

Antrag-Nr. 12/259

vorb. an LH, EN, LE in g
Fraktion
Vor LH

öffentlich

Datum: 18.01.2008
Antragsteller: FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD

Umweltausschuss	30.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008
Netzwerkbildung Umwelt verstärkt weiterführen**

Beschlussvorschlag:

In der Produktgruppe 032 - Kulturlandschaftspflege - ist für die Netzwerkbildung Umwelt (Kooperation mit den Biologischen Stationen im Rheinland) für 2008 ein Ressourcenbedarf von 1.000.000 € zu veranschlagen. Die Deckung ist im Gesamthaushalt sicherzustellen.

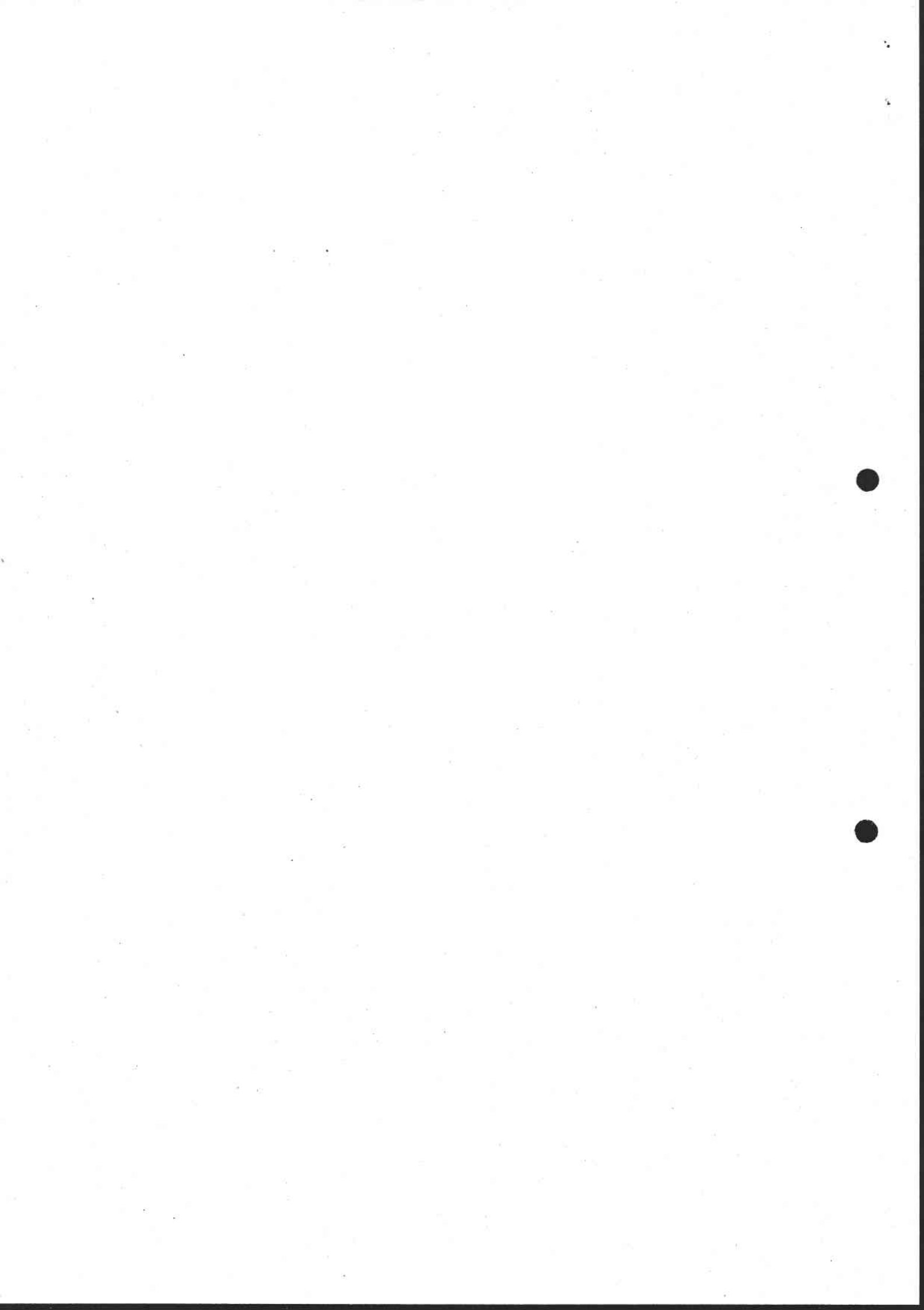
Begründung:

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Biologischen Stationen soll im Jahre 2008 verstärkt weitergeführt werden. Für das 2. Halbjahr 2007 hat der Landschaftsausschuss am 31.10.2007 Projektförderungen in Höhe von 500.000 € bewilligt (Antrag Nr. 12/235 der Fraktionen FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD) und hat in seinem Beschluss einen verstetigten Ressourcenbedarf (d.h. für ein volles Haushaltsjahr 1 Mio. €) festgelegt. Durch den vorliegenden Antrag werden dazu die haushaltsmäßigen Folgerungen gezogen. Umfang und Qualität der vorgelegten Förderanträge verdeutlichen die große Resonanz und den Erfolg der Netzwerkbemühungen, die es auch 2008 weiterzuführen gilt.

Hans-Otto Runkler

Ulrike Kessing

Thomas Böll





FDP

Die Liberalen

13

Erng. 21. Jan. 2008
- 06 -

Antrag-Nr. 12/260

Vorab am LO, EKA, in in ?
Fraktionen
Vors LVA

öffentlich

Datum: 18.01.2008
Antragsteller: FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD

Umweltausschuss	30.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Ökologische Pflanzgutförderung intensivieren

Beschlussvorschlag:

Die Pflanzgutförderung des Landschaftsverbandes Rheinland soll intensiviert werden. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, die vorgesehenen Mittel auf 40.000 € zu verdoppeln und in der Produktgruppe 032 innerhalb der Gesamtdeckung zur Verfügung zu stellen.

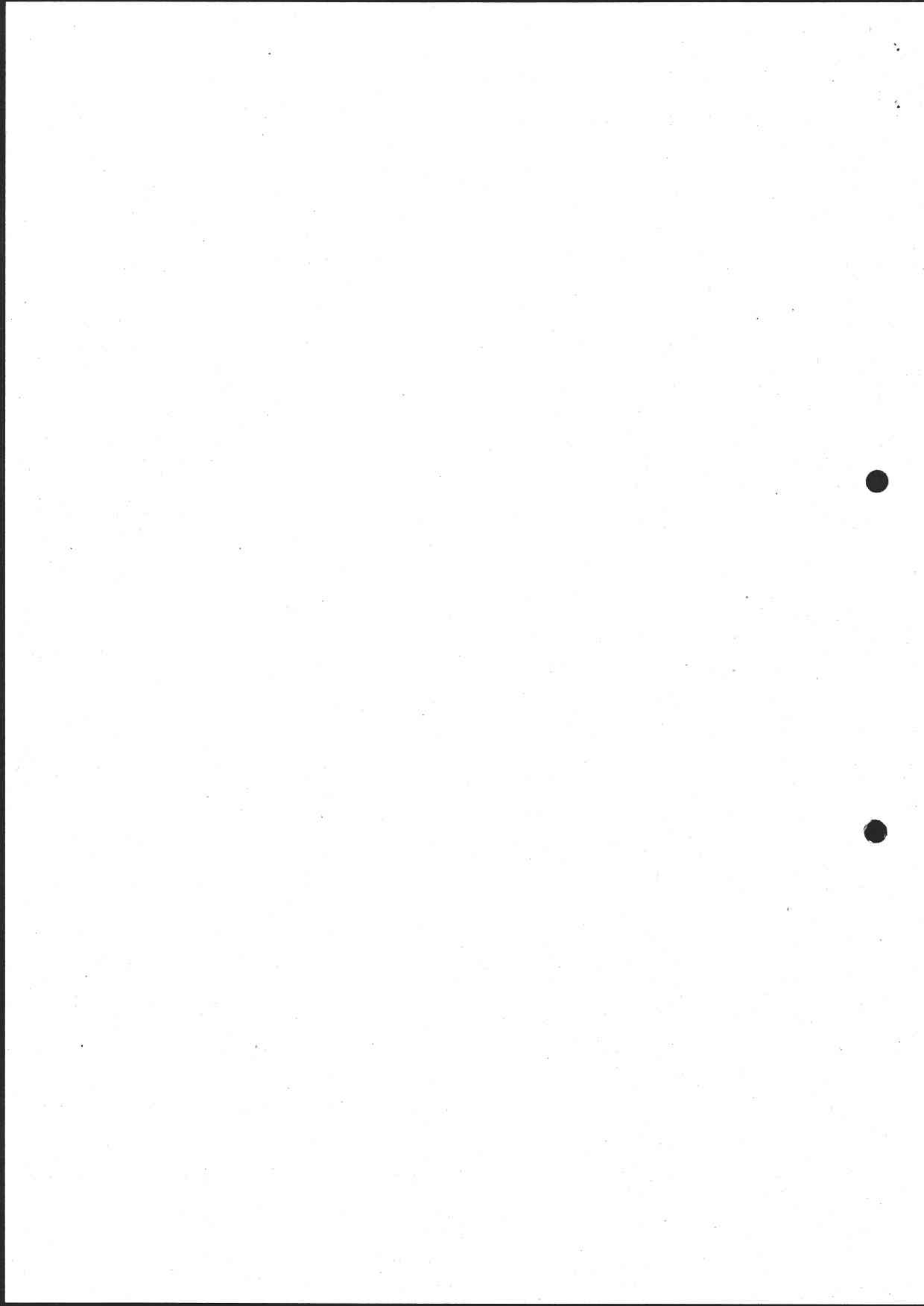
Begründung:

Die Pflanzgutförderung hat sich als außerordentlich erfolgreiche Maßnahme erwiesen, die Kommunen, Vereinen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern direkt zugute kommt. Dabei hat sich die Schwerpunktsetzung zugunsten der Förderung von Streuobstwiesen besonders bewährt, die auch durch gemeinsame Projekte mit den Biologischen Stationen und Dritten im Rahmen des Netzwerks Umwelt sinnvoll ergänzt wird. Die öffentliche Wirkung der Anpflanzungen ist ausgesprochen positiv. Die durchgeführten Maßnahmen haben nachhaltig positive Effekte für Ökologie und Kulturlandschaftspflege. Die Antragstellenden leisten einen eigenen Beitrag durch die Pflanzung der Gehölze. Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel werden der Vielzahl der Anträge nicht gerecht.

Thomas Boll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

14

Antrag-Nr. 12/261

Eing 21. Jan. 2008
-06- MA

öffentlich

Vorab an LD, ELR, LR4, LR9
Fraktionen: Vors. u. Vers.
21.01.2008

Datum:

Antragsteller:

SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	20.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
"Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum" im Archäologischen Park Xanten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten zur Einrichtung von „Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum“ im Archäologischen Park Xanten (APX). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Einrichtung auch von behinderten Schülerinnen und Schülern genutzt werden kann (Barrierefreiheit).

Ein Grundsatzbeschluss soll der Vertretung bis zur Mitte des Jahres 2008 vorgelegt werden, die Maßnahme soll noch in 2008 begonnen werden.

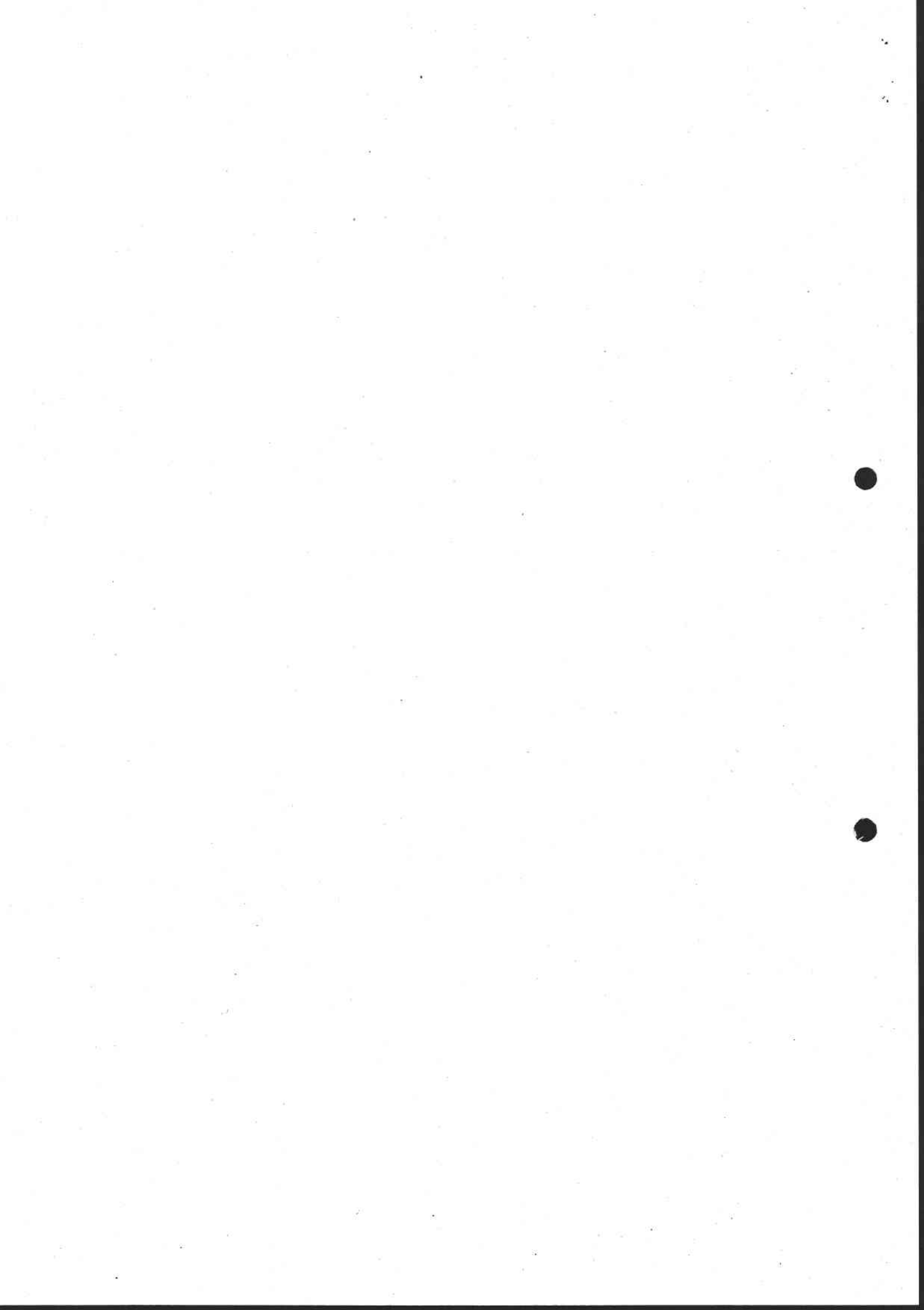
Begründung:

Unter Beachtung der überregionalen Bedeutung des APX (auch im europäischen Zusammenhang) und unter Würdigung der Tatsache, dass durch das neue Römer-Museum im APX mit einem deutlichen Anstieg der Besucherzahlen und gerade auch einem zunehmenden Besuchsinteresse von Schulklassen zu rechnen ist, soll auch im APX die Möglichkeit von Swim geschaffen werden.

Thomas Böhl

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

15

Empf. 21. Jan. 2008
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/262

Vorab an LO, EKH
Lr'in 2, Lr'in 9
Fraktion
Vors LVR

öffentlich

Datum:

21.01.2008

Antragsteller:

SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Kulturausschuss	20.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	03.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008
Besetzung von Volontariaten im Kulturbereich**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung für vier weitere Volontariate im Kulturbereich sicherzustellen.

Begründung:

Im Rahmen der Netzwerkbildung Kultur im LVR muss insbesondere auch der europäische Aspekt berücksichtigt und vertiefend bearbeitet werden. Um hier inhaltlich neue Konzepte des LVR entwickeln und diese koordiniert bündeln zu können, soll die Finanzierung einer weiteren Volontärstelle für das Kulturdezernat sichergestellt werden.

Die Aufarbeitung der NS-Geschichte im Rheinland sowie der Geschichte von Provinzialverband und LVR ist wichtiger Aspekt der Regionalgeschichte. In diesem Zusammenhang sollen zwei Volontariate finanziert werden.

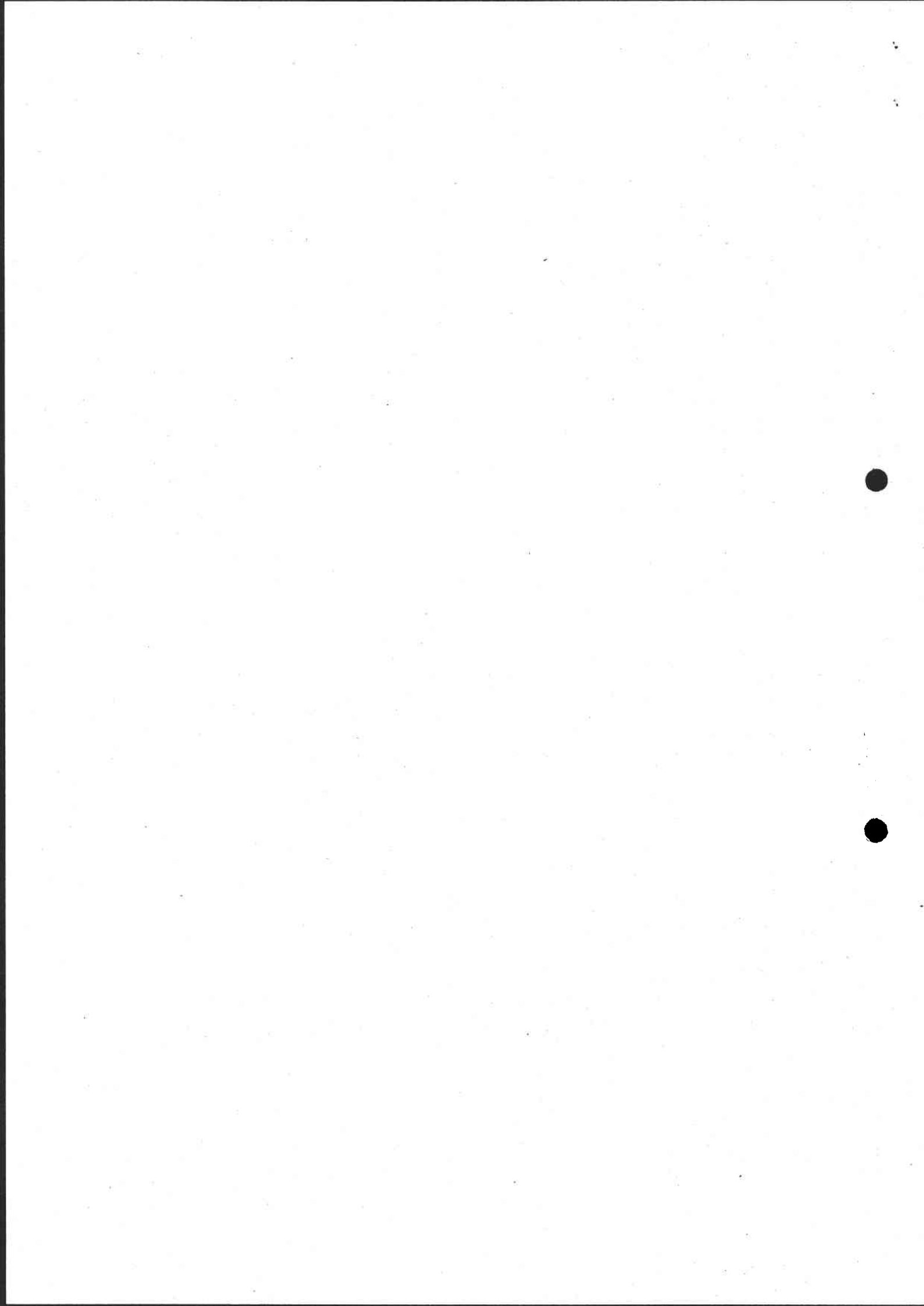
Darüber hinaus soll ein weiteres Volontariat zur Betreuung und Unterstützung des Netzwerk-museums Stiftung verfeimte Künste in Solingen finanziert werden.

Es erfolgt keine Anrechnung auf das gedeckelte Personalkostenbudget.

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

16

21. Jan. 2008
-06- Mx

Antrag-Nr. 12/263

öffentlich

Vorab an: LD, ELR, LR4+9
Vors. LVer, Fraktionen

Datum:
Antragsteller:

21.01.2008
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	20.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Barrierefreiheit für "Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum" im Rheinischen Industriemuseum Euskirchen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass die Räumlichkeiten für "Schülerinnen und Schüler wohnen im Museum" (Swim) im Rheinischen Industriemuseum Euskirchen barrierefrei hergerichtet werden. Nach einem Jahr soll berichtet werden, wie sich die Belegungszahl entwickelt hat.

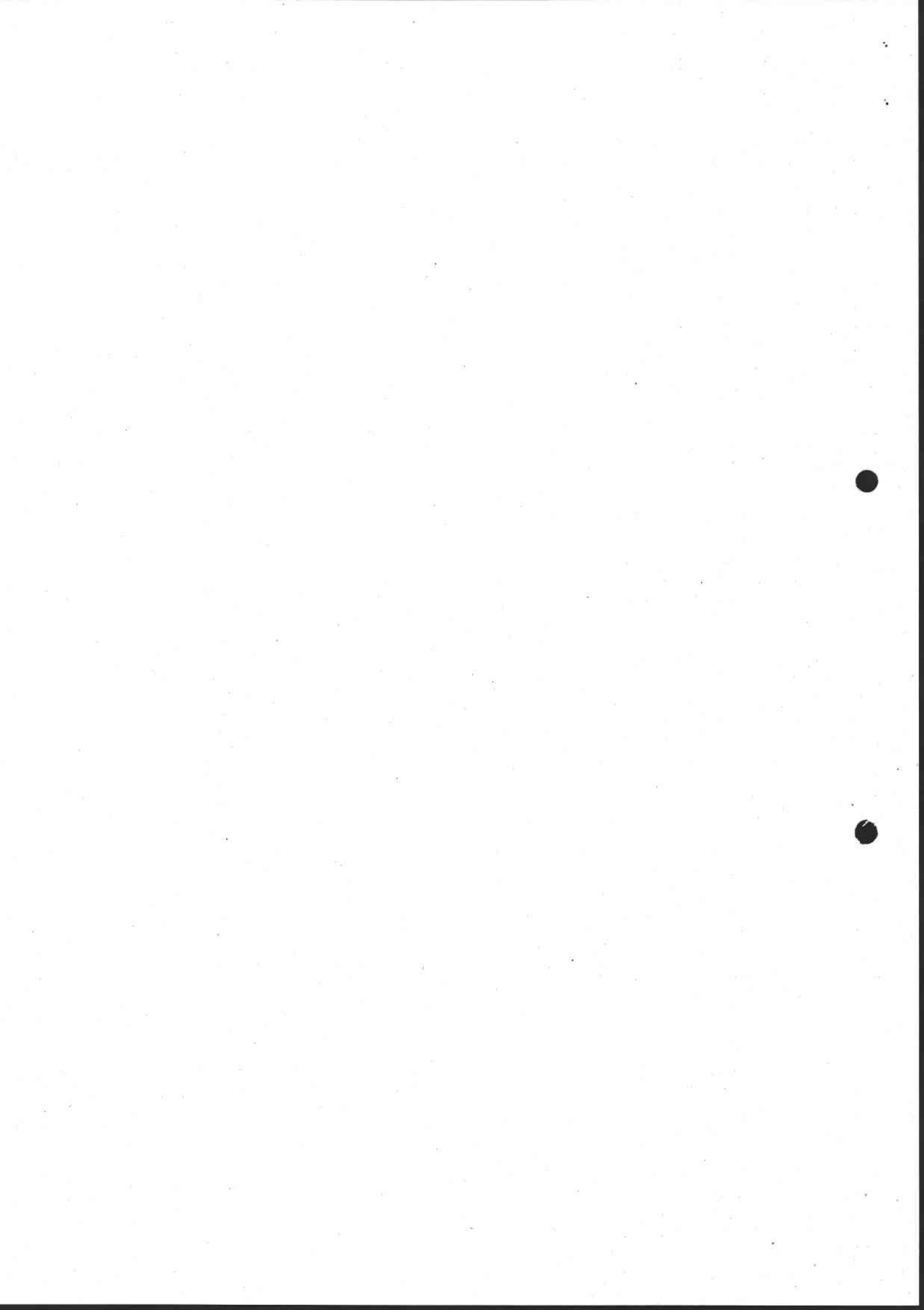
Begründung:

Die Räumlichkeiten des "Swim" im RIM EUS werden vermehrt auch von Schulen des LVR genutzt. Da jedoch das Mobiliar (vor allem die Betten) nicht in jeder Hinsicht den Anforderungen behinderter Kinder entspricht, wird die Verwaltung gebeten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und für Abhilfe zu sorgen.

Thomas Böll

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

17

Eing 21. Jan. 2008
-06-

was an der Erziehung
Faktion
von LVR

Antrag-Nr. 12/264

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

21.01.2008
FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kulturausschuss	20.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Netzwerk Kultur weiter ausbauen

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsverband Rheinland will den Ausbau seines Netzwerks Kultur in Zusammenarbeit mit regional bedeutenden Museen kontinuierlich voranbringen. Hierzu ist von einem zusätzlichen Ressourcenbedarf in Höhe von 1.000.000 Euro im Produktbereich 04 auszugehen. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung im Haushalt bereitzustellen.

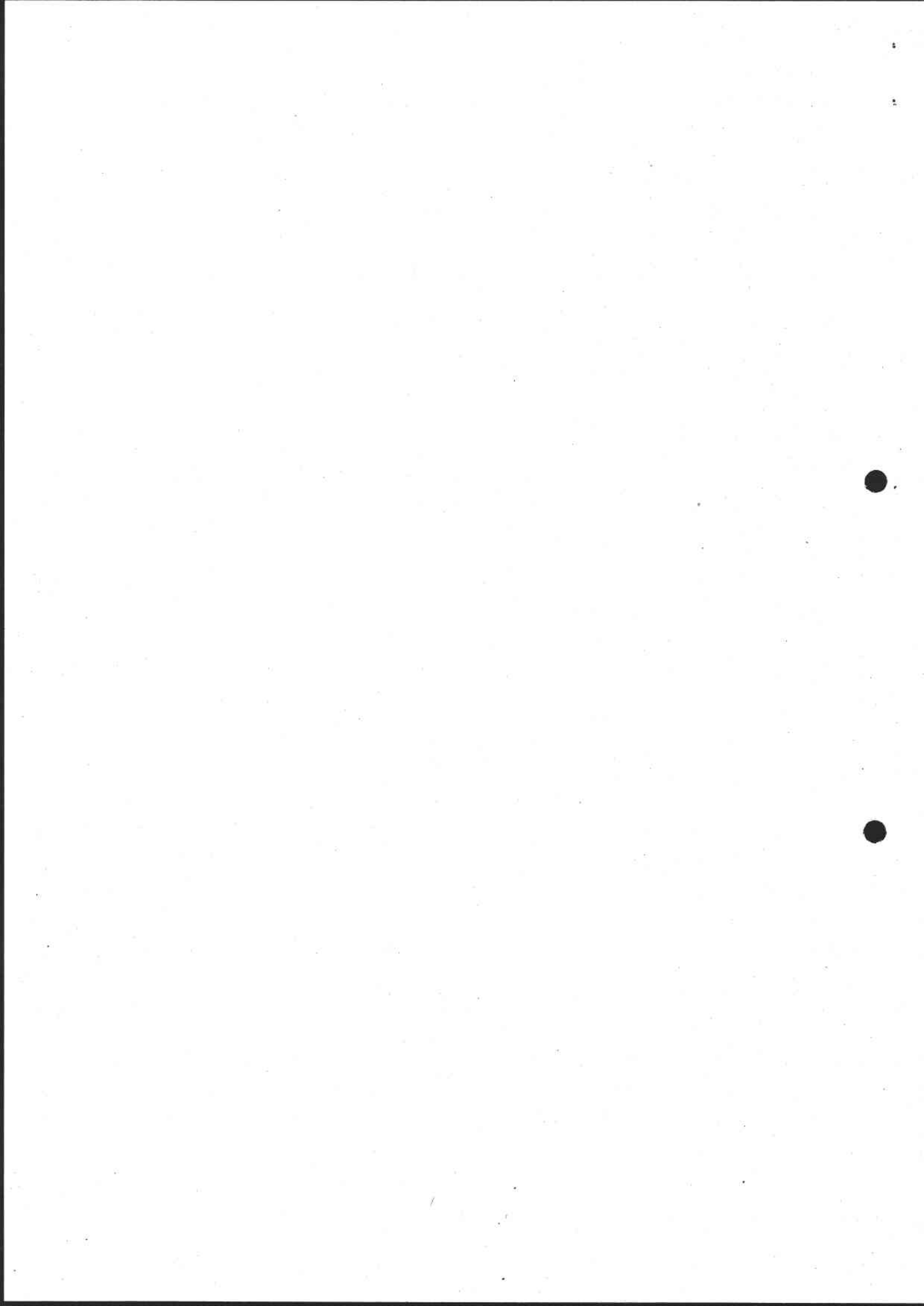
Begründung:

Der LVR baut sein Museumsnetzwerk kontinuierlich aus. Im vergangenen Jahr sind dazu Entscheidungen zum Max-Ernst-Museum, zum Ruhmuseum auf Zeche Zollverein sowie zum Zinkhütter Hof in Stolberg getroffen worden. Die im Haushalt veranschlagten Mittel sind damit weithin gebunden. Für weitere Vorhaben soll im Haushalt Vorsorge getroffen werden.

Hans-Otto Runkler

Thomas Böhl

Ulrike Kessing





Eing 21. Jan. 2008
- 06 - *MK*

Antrag-Nr. 12/265

öffentlich

*Vorab an: LD, ELR, LR4
Frühbuch
Vorpräsentation L Vers.
21.01.2008*

Datum: 21.01.2008
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Unterstützung von Schülerfirmen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Schülerfirmen an den Rheinischen Förderschulen zu unterstützen und, wenn erforderlich, entsprechende bauliche Voraussetzungen zu schaffen (zum Beispiel Küche).
Hierbei sind in einem ersten Schritt die Konzepte mit den und für die einzelnen Schülerfirmen zu entwickeln und bis Juni 2008 vorzulegen.

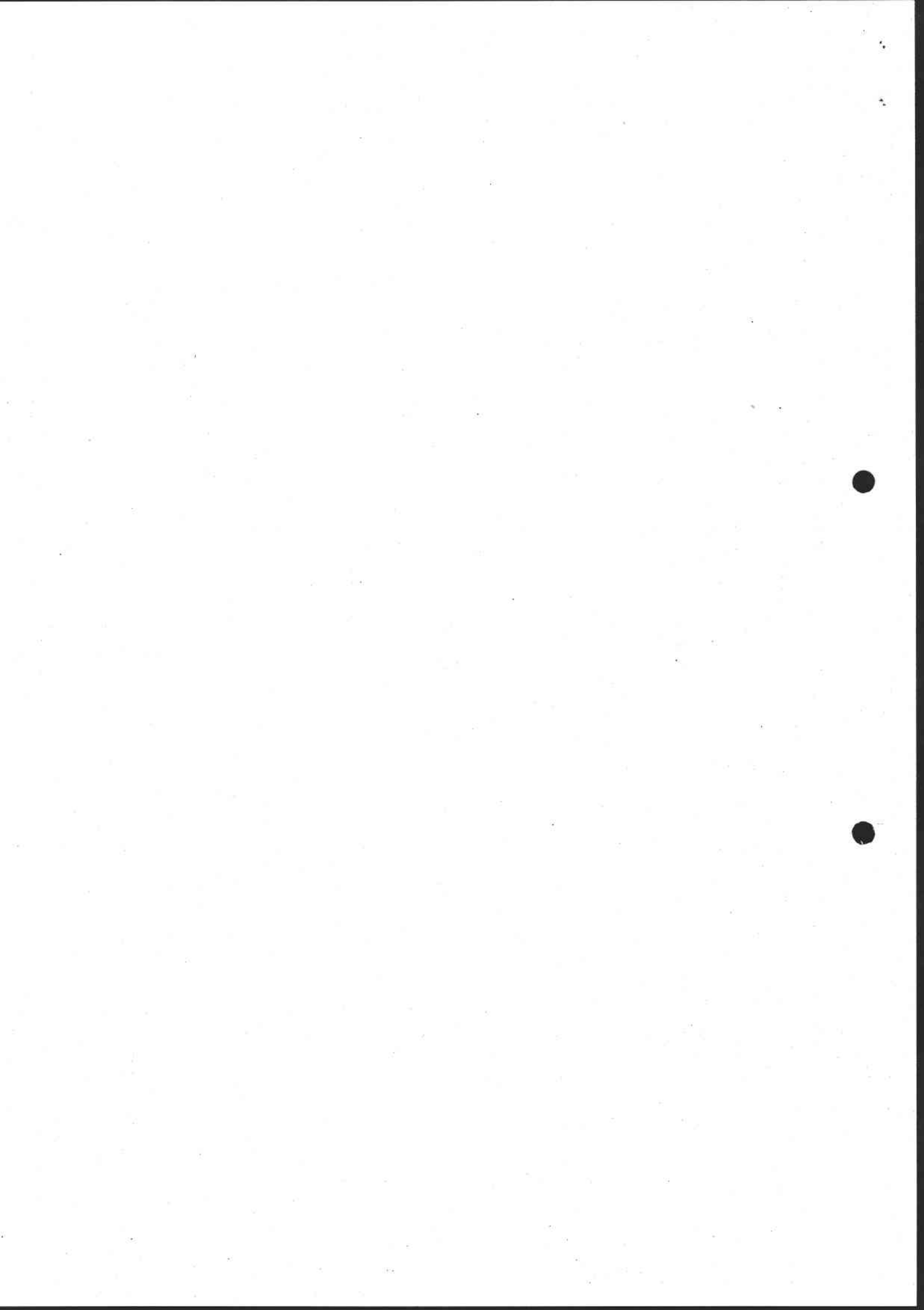
Begründung:

Die Schülerfirmen an unseren Rheinischen Schulen leisten hervorragende Arbeit. Sie bereiten unsere Schülerinnen und Schüler unter realitätsnahen Bedingungen auf das Arbeitsleben vor. Daher verdienen diese Schülerfirmen unsere engagierte Unterstützung.

T. Böll
Thomas Böll

Ulrike Kessing
Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler
Hans-Otto Runkler





Ergänzungsantrag-Nr. 12/270/1

öffentlich

Datum: 22.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	06.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Nachhaltige Entwicklung beim LVR fördern

Beschlussvorschlag:

Nachhaltige Entwicklung beim LVR fördern:

Der Landschaftsverband Rheinland hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den CO₂-Ausstoß jährlich durchschnittlich um 5 % zu senken und eine nachhaltige Entwicklung zu befördern. Der Landschaftsverband Rheinland nimmt nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ seine Verantwortung für eine ökologische und nachhaltige Entwicklung wahr. Um diese Ziele zu befördern und den Anforderungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements gerecht zu werden, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Energie:

- a. Die Stromversorgung erfolgt aus bis zu 100 % eindeutig zertifiziertem Ökostrom. Spätestens die Vergaben der Aufträge für das Jahr 2009 sind entsprechend abzuwickeln.
- b. Alle Neubauten werden in Passivhausstandard errichtet. Ziel ist es, dass auch 50 % der Altbauten diesen Standard erreichen.
- c. 25 % des Wärmeenergiebedarfs werden aus regenerativen Energiequellen gedeckt.
- d. Fern- bzw. Nahwärme werden bei der Auswahl der Energieträger bevorzugt vor anderen Energieträgern eingesetzt.
- e. Die zehn Immobilien, die der jährliche Energiebericht jeweils als die größten Energieverbraucher ausweist, werden saniert. Zudem werden drei Heizölanlagen pro Jahr auf andere Primärenergieträger umgestellt.
- f. Öko-Audit: Die Zahl von drei wird auf vier erhöht. Zentralverwaltung und Horion-Haus sollen in 2008 auditiert werden. Ein Ressourcenbedarf von 25.000 Euro ist zu

veranschlagen.

g. Externe Energieeffizienzberaterinnen und -berater werden eingesetzt. Eine entsprechende Kennzahl ist zu bilden.

h. Eine Stabstelle "Nachhaltigkeit" wird eingerichtet.

i. Ein Kreativwettbewerb für Leuchten wird ausgeschrieben (Vorbild Zürich).

j. Im Haushalt werden zudem folgende Kennzahlen verankert:

- CO₂-Verbrauch gegliedert nach Gebäuden und Nutzflächen.
- Energiebericht: Wird jährlich bis Oktober gebäudescharf erstellt.
- Energie- und Gebäudepässe: Bis 2009 werden für alle Gebäude Energiepässe und Gebäudepässe erstellt.
- Fortbildungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu energieeffizientem Verhalten und Bauen in drei Jahren; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochbauverwaltung, der Haus- und Hallentechnik vor Ort in geringerem noch zu definierendem Abstand.

Die entsprechenden Ressourcen sind bereitzustellen.

2. Flächenverbrauch:

a. Das Programm zur Entsiegelung und ökologischen Aufwertung von Flächen wird fortgeführt: In 2008 werden drei weitere Schulhöfe und drei weitere Flächenarten entsiegelt und ökologisch aufgewertet.

b. Die ökologische Aufwertung und Neugestaltung der Flächen um das Landeshaus wird abgestimmt auf die neue Rheinpromenade.

3. Nachhaltigen Einkauf und regionale Produkte fördern:

a. Das Produktziel „Nachhaltige Beschaffung“ wird systematisch im gesamten Haushalt umgesetzt und mit aussagekräftigen Kennzahlen hinterlegt. Hierzu wird unter anderem der Aspekt der Nachhaltigkeit konsequent in jedem Produkt benannt.

b. Jedes neu beschaffte Auto bis 3,5 t muss entsprechend der neuesten Technik einen möglichst geringen CO₂-Ausstoß aufweisen. Der jeweilige Grenzwert ist vorab zu definieren.

Begründung: Änderung in 1.f. (wie bereits im Umweltausschuss vorgenommen) sowie in 1.j.3 (Energiepässe und Gebäudepässe).

Mit diesen Maßnahmen wird das in den Haushaltsberatungen des Vorjahres verankerte und durch Kennzahlen konkretisierte Produktziel präzisiert.



Empf. 24. Jan. 2008
-06- MX

Antrag-Nr. 12/271

öffentlich

Vorab an LD, ELR, LR4+9

22.01.2008 Vor. , Fralhönen, Li
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Datum:
Antragsteller:

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Umweltausschuss	30.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008: Gesunde Ernährung in unseren Schulen

Beschlussvorschlag:

Um einen Beitrag zur gesunden Ernährung von Kindern in den Rheinischen Schulen zu leisten, wird die Verwaltung beauftragt:

1. die Lehrküchen so auszustatten, dass sie den heutigen Anforderungen von lebenspraktischem Unterricht und Ernährungskunde entsprechen,
2. sicherzustellen, dass mindestens 10 % aller in den Schulen verwendeten Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau stammen.

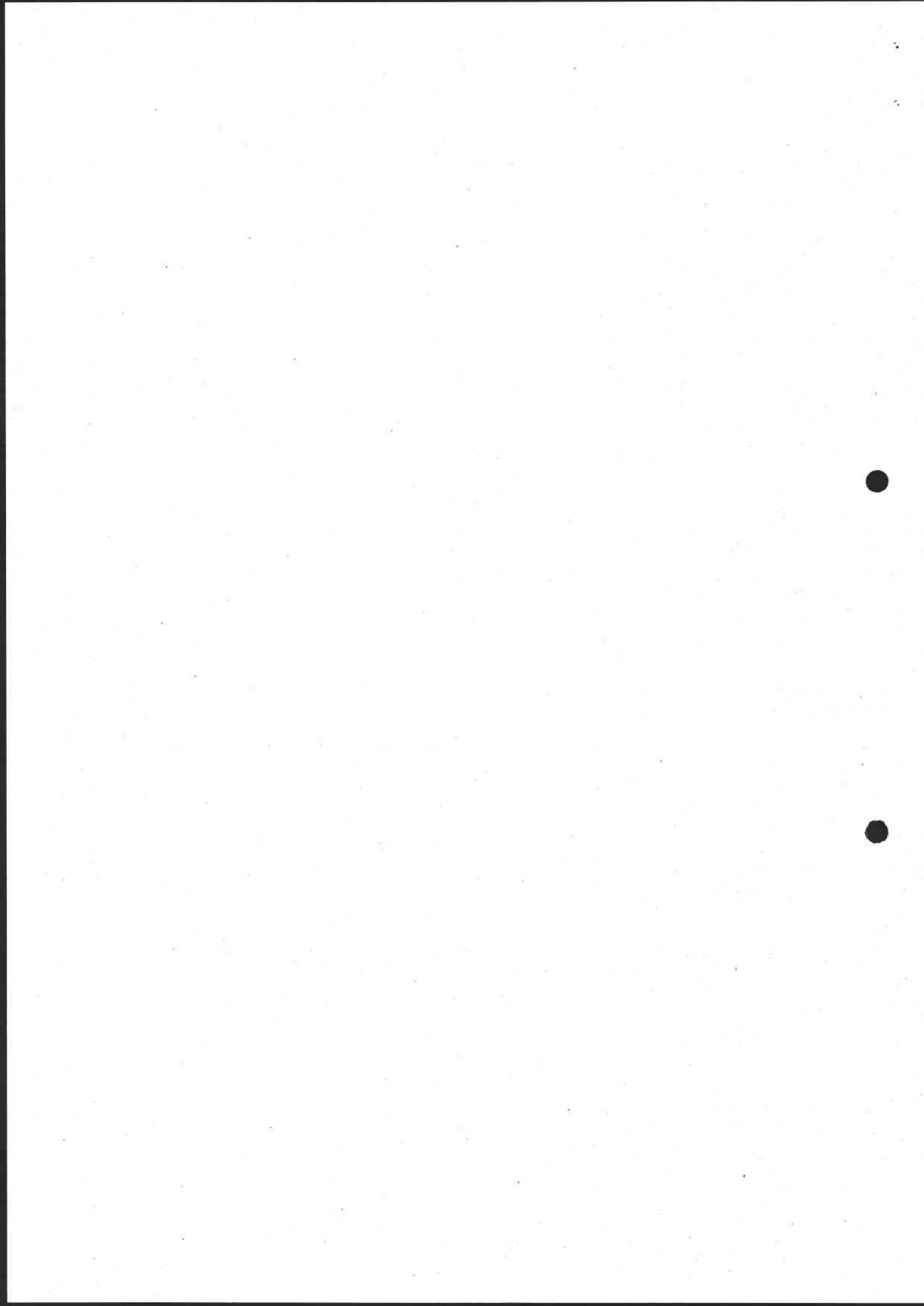
Begründung:

Ziel des Landschaftsverbandes Rheinlandes ist es, dass Menschen mit Behinderung ein möglichst selbst bestimmtes Leben führen. In der Sozialpolitik setzen wir deshalb auf Hilfen zum Selbständigen Wohnen als Alternative zum Heim. Es ist deshalb sinnvoll, auch die Schülerinnen und Schüler der Rheinischen Schulen verstärkt auf die Selbständigkeit vorzubereiten. Hierzu gehört auch das Wissen um eine gesunde Ernährung. Zudem soll, wie in den rheinischen Kliniken, der Anteil von Produkten aus kontrolliert biologischem Anbau an der täglichen Ernährung in den Schulen auf mindestens 10 % gesteigert werden.

Mirike Kessing

Hans-Otto Runkler

Thomas Böll





FDP

Die Liberalen

22

Empf. 24. Jan. 2008
-06- Mx

Antrag-Nr. 12/272

öffentlich

Vorab an LD, ELR
LR 4, Vors LVers.
Fraktionen, 4
22.01.2008

Datum:
Antragsteller:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008: Anreizprogramm Integration von Schülerinnen und Schülern fördern

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsverband Rheinland unterstützt das Ziel, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung Regelschulen vor Ort besuchen können.
 Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept „Integrative Beschulung fördern“ zu entwickeln und Mittel für ein Anreizprogramm bereitzustellen.
 Hierin sollen folgende Aspekte aufgegriffen werden:

1. Maßnahmen zur Unterstützung der Eltern und ihrer Kinder mit Behinderung, die eine integrative Beschulung wünschen;
2. Maßnahmen zur Unterstützung der Schulträger, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht beschulen;
3. Anreize, wie generell die integrative Beschulung gefördert werden kann.

Begründung:

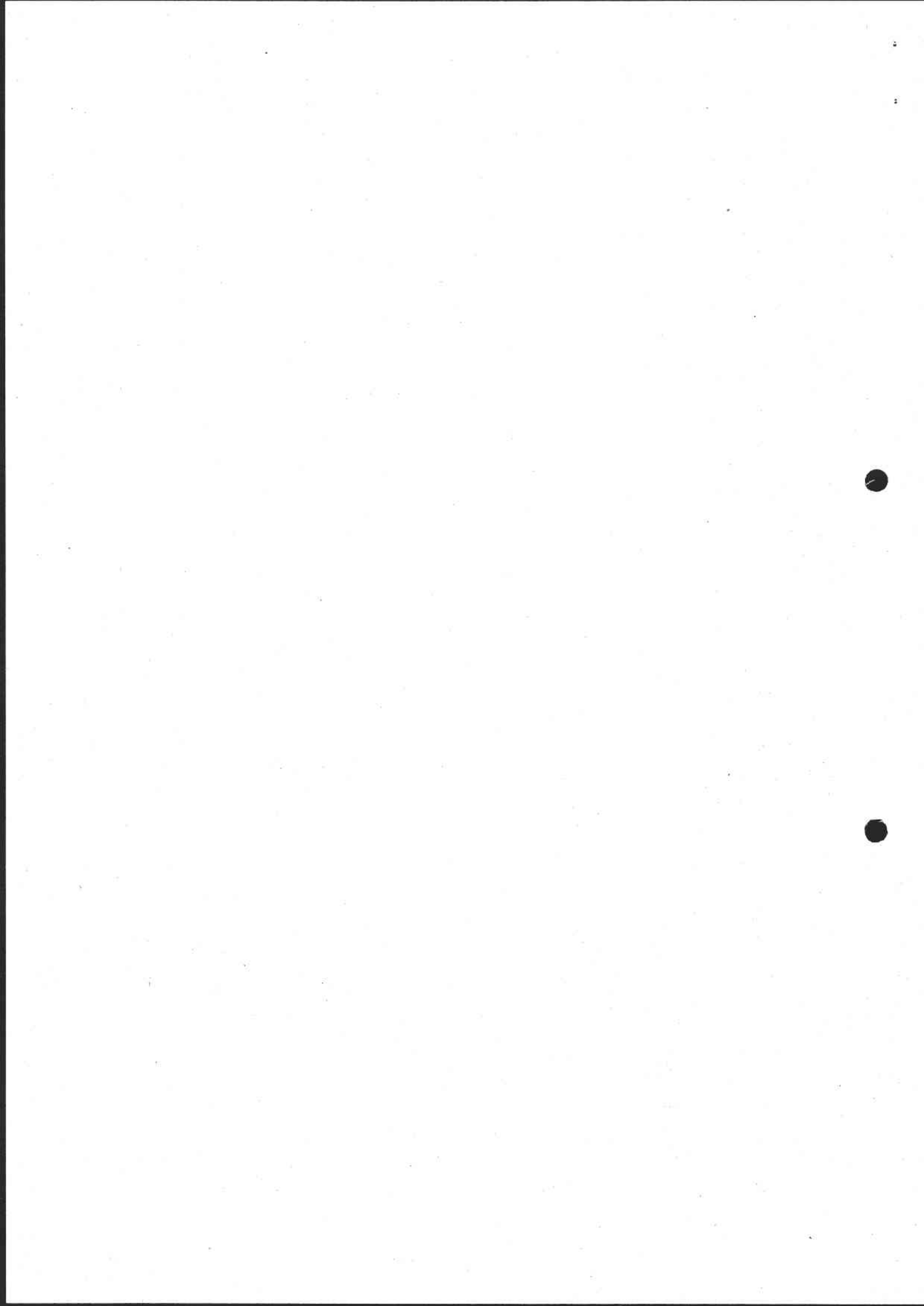
Immer deutlicher formulieren auch Eltern von Kindern mit Behinderung den Wunsch, ihre Kinder an Regelschulen beschulen zu lassen. Dieses Ziel unterstützen wir. Die Modelle der skandinavischen Länder oder auch Italiens können hier Vorbild sein, wie dies die Informationsfahrt des Schulausschusses nach Bozen eindrucksvoll bestätigt hat.

Aus diesem Grund muss ein weiterführendes Konzept zur Integration behinderter Schülerinnen und Schüler an Regelschulen entwickelt werden und Anreize für die Schulträger der Regelschulen zur Beschulung dieser Kinder geschaffen werden.

Thomas Böhl

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





Eing 24. Jan. 2008
06 -

Antrag-Nr. 12/273

öffentlich

Vors an LO, EKR, Ln 4
Fraktion
Vors LVers

Datum: 24.01.2008
Antragsteller: FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Therapieschlüssel sicherstellen - Ergänzung des Produktziels für die therapeutische und pflegerische Personalausstattung an LVR-Schulen

Beschlussvorschlag:

In der Produktgruppe 055 - Bereitstellung schulischer Einrichtungen - wird bei den jeweiligen Schulformen die Festlegung des Personalschlüssels für das therapeutische Personal ergänzt um den Einschub "ggf. durch Kooperation mit Praxen sicherzustellen".

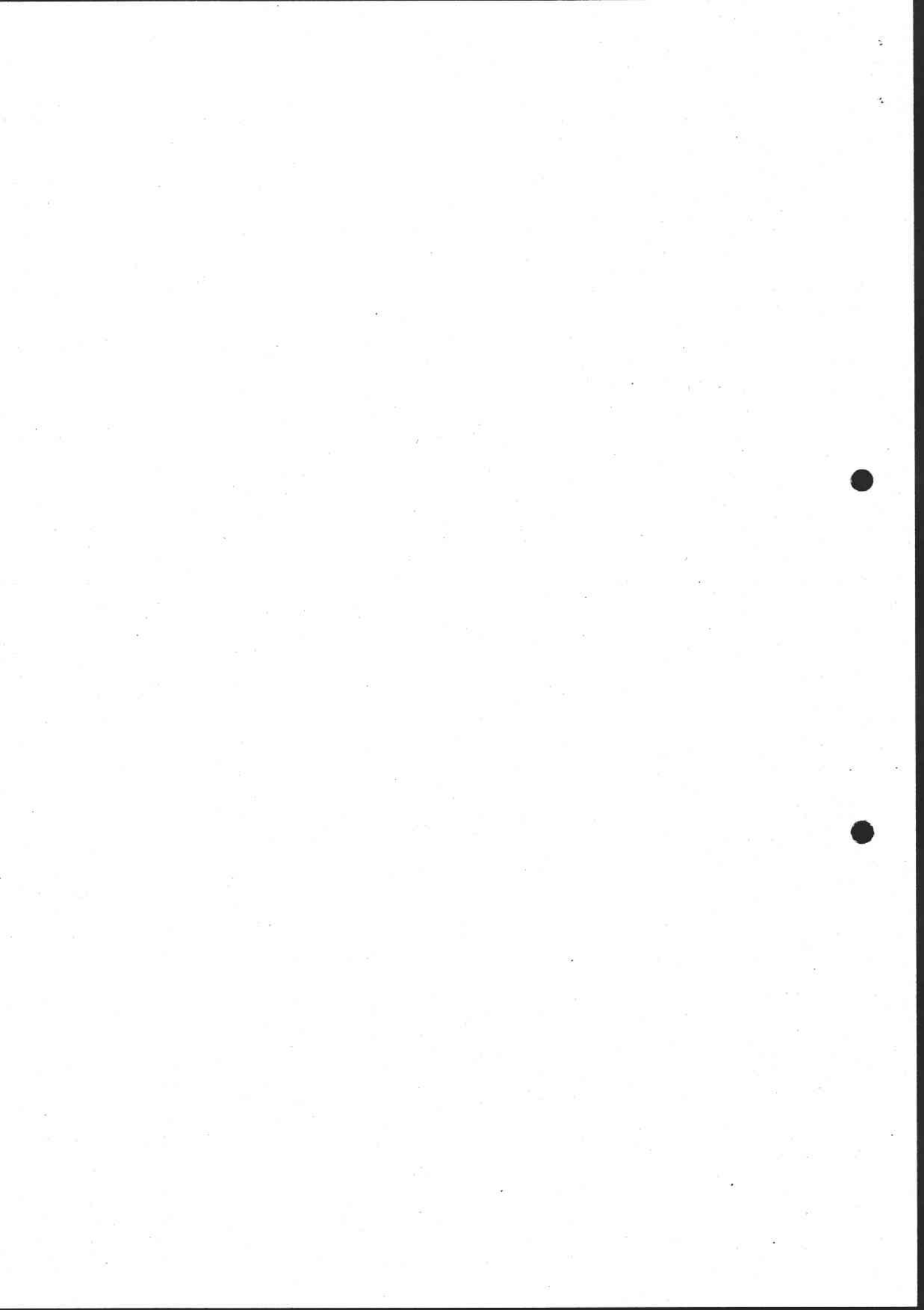
Begründung:

Damit gewährleistet ist, dass der Therapeutenschlüssel von 1:16 möglichst auch im vollen Umfange erreicht werden kann, soll im Produktziel ausdrücklich auf die Möglichkeit verwiesen werden, Restlücken durch die Zusammenarbeit mit therapeutischen Praxen zu decken.

Hans-Otto Runkler

Thomas Böll

Ulrike Kessing





FDP

Die Liberalen

24

25. Jan. 2008
- 06 -

Vorb. der LS, Ed., U. in 8
F. Kühner
Van L. U. 1

Antrag-Nr. 12/274

öffentlich

Datum: 24.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	22.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008:
HPH-Angebote verbessern**

Beschlussvorschlag:

Das Produktziel Strategisches Management des Netzwerkes Heilpädagogischer Hilfen des LVR (058) wird um folgende Ziele ergänzt:

- Allen Bewohnerinnen und Bewohnern der HPH im arbeitsfähigen Alter soll ermöglicht werden, eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu besuchen.
- Die HPH optimieren als Einstieg und Qualifikation für den angestrebten Werkstattbesuch ihre tagesstrukturierenden Angebote in diesem Sinne.
- Die HPH entwickeln niedrighschwellige tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung, die selbständig in der eigenen Wohnung leben.

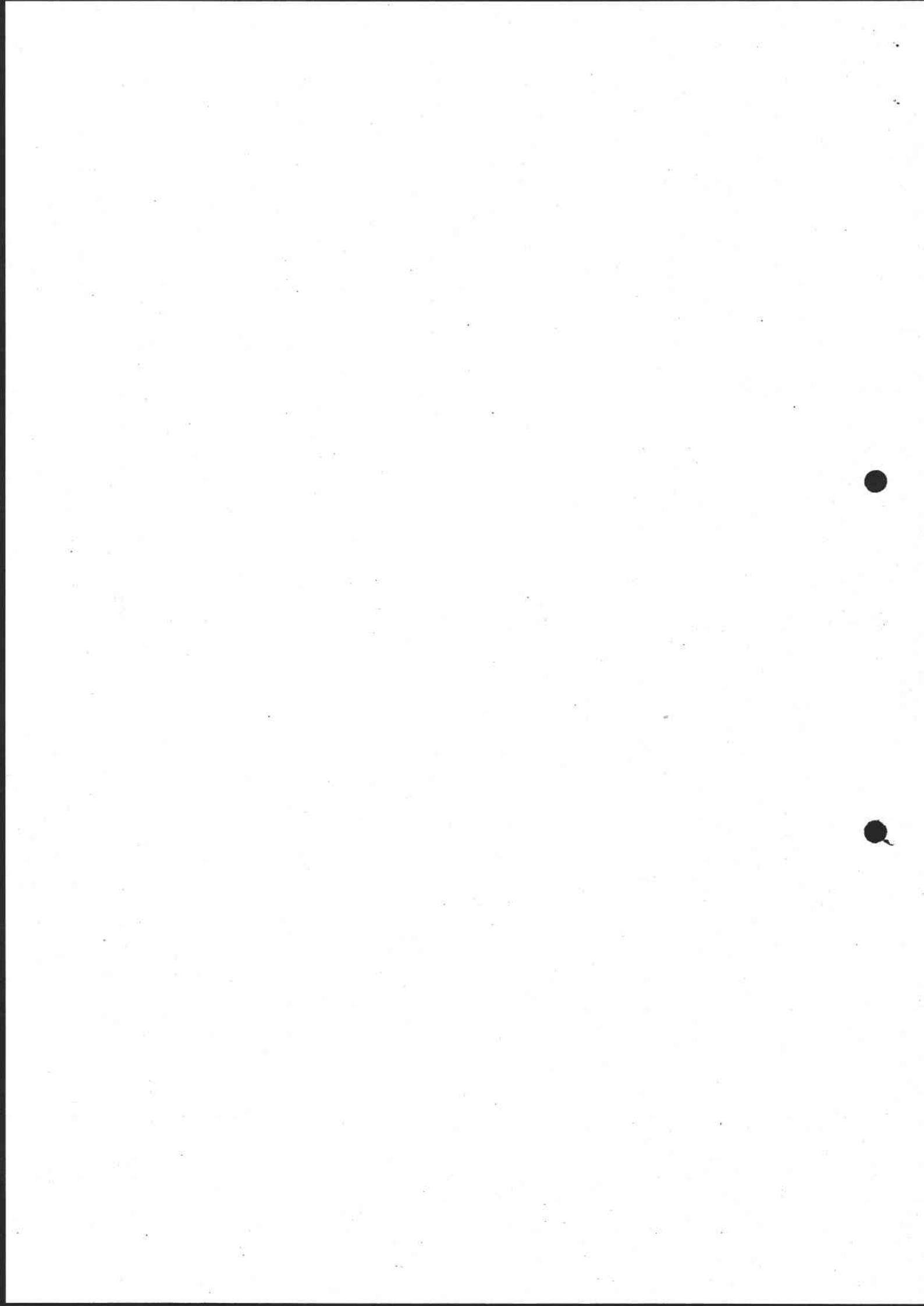
Die Verwaltung wird gebeten, in 2008 entsprechende Kennzahlen zu entwickeln.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Thomas Böll



SPD

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

FDP

Die Liberalen

Eing. 08. Feb. 2008

- 06 -

Vors. an LG, ERL, LK4
Fraktion
Vors. LK4

Ergänzungsantrag-Nr. 12/275/1

öffentlich

Datum:

24.01.2008

Antragsteller:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Unterausschuss Struktur und Planung der Jugendhilfe	19.02.2008	Beratung
Landesjugendhilfeausschuss	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Internationale Jugendarbeit fördern -
Versöhnungsprojekt mit St Anna di Stazzema

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für ein Projekt der internationalen Jugendbegegnung und Versöhnung in und mit der italienischen Gemeinde St Anna di Stazzema zu entwickeln und den Gremien vorzulegen. Entsprechende Ressourcen sind bereitzustellen.

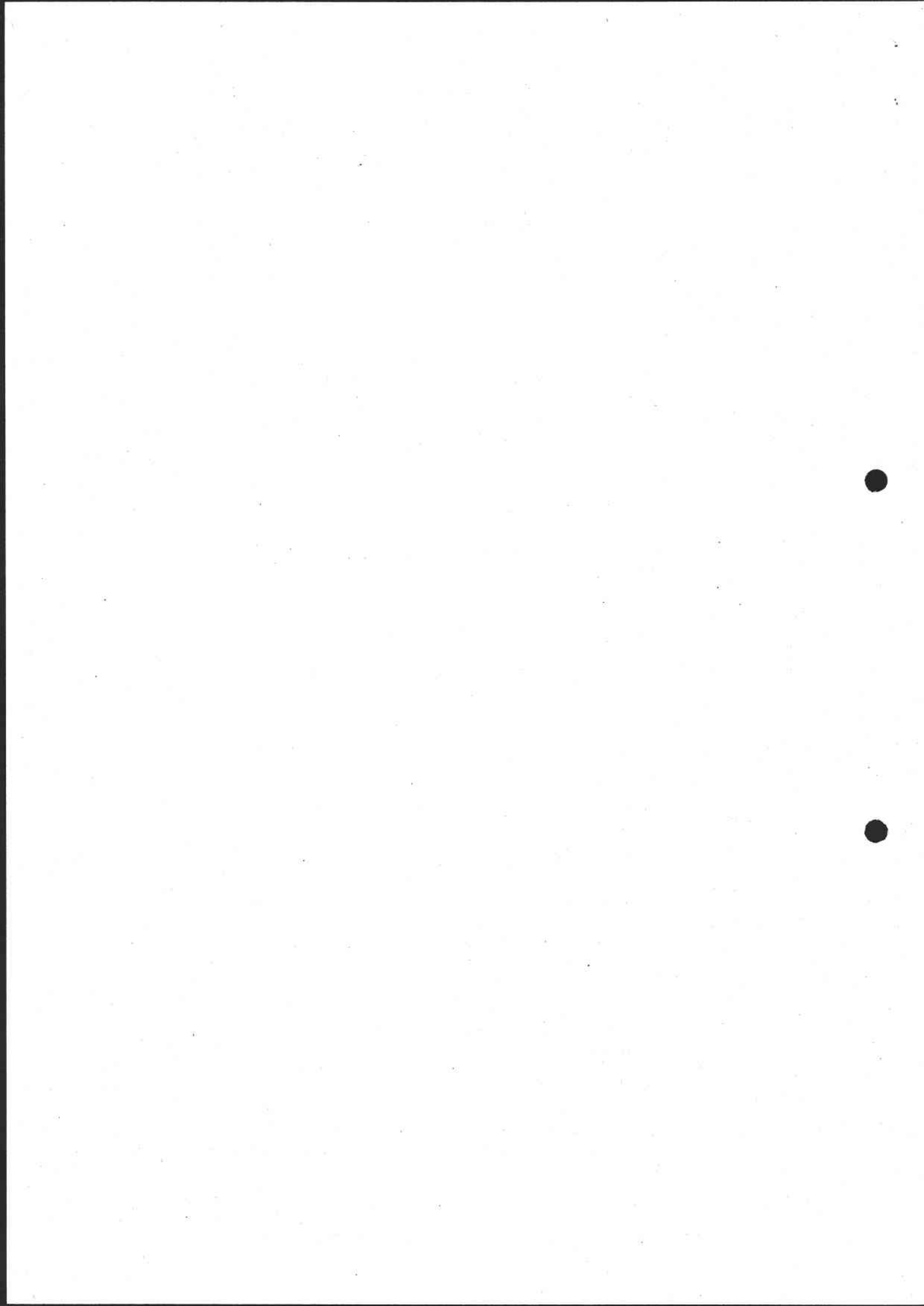
Begründung: Die Verwaltung hat unter dem Datum vom 01.02.2008 zu dem vorstehenden Antrag vom 24.01.2008 eine Berichtsvorlage an den Unterausschuss Struktur und Planung der Jugendhilfe zur Kenntnis vorgelegt. Dem Unterausschuss soll ebenfalls zur Beratung des Antrages Gelegenheit gegeben werden.

Am 12. August 1944 umzingelten vier Kompanien der Waffen-SS das toskanische Bergdorf St Anna di Stazzema. Innerhalb von drei Stunden wurden insgesamt 560 Menschen ermordet. Der Widerstand der italienischen Resistenza sollte auf diese Weise gebrochen werden.

Im Dezember 2001 wurde St Anna durch Beschluss des italienischen Parlaments Nationaler Friedenspark. Dort werden nunmehr insbesondere mit Jugendlichen Veranstaltungen zum Thema Friedenskultur durchgeführt, bei denen Musik als sprachunabhängiges und grenzüberschreitendes Medium einen besonderen Platz einnimmt.

In diesem Zusammenhang wurde unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler das Essener Projekt „Eine Orgel für St Anna di Stazzema“ entwickelt, bei dem durch verschiedenste Benefizveranstaltungen Geld für eine neue Orgel gesammelt wurde - die alte wurde während des Massakers 1944 zerstört.

Wir möchten nun die schon bestehenden Kontakte ausbauen und nach dem Vorbild des erfolgreichen Projektes „Rosen für Lidice“ an diesem Ort internationale Jugendbegegnungen und Versöhnungsarbeit fördern und bitten daher die Verwaltung um ein entsprechendes Konzept.





Die Liberalen

Eing. 25. Jan. 2008
- 06 -

Antrag-Nr. 12/276

*Verabs an LS, Ekt, LN 4
Fraktion
Vors L. Van*

öffentlich

Datum: 25.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Schulausschuss	28.01.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008
Notwendige Ausstattung für die Erzeugung von Blindenschrifterzeugnissen für die Rheinischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen sicherstellen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Erzeugung von Blindenschriftmaterialien für blinde Schülerinnen und Schüler durch entsprechende Ausstattungen zu schaffen. Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt zu berücksichtigen.

Begründung:

Für die Beschulung der blinden Schülerinnen und Schüler werden auf dem Schulbuchmarkt grundsätzlich keine geeigneten Schulbücher in Punktschrift angeboten. Durch die Zusammenlegung von Sehbehinderten- und Blindenschulen zu Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen ist eine gemeinsame Beschulung blinder und sehbehinderter Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der Medien kaum möglich. Aufgrund dieser unbefriedigenden Situation ist eine Verbesserung unbedingt erforderlich.

Das Aufbereiten und Adaptieren von Schulbüchern für blinde Schülerinnen und Schüler ist sehr zeitintensiv und setzt technisches Wissen zur Umsetzung sowie Wissen über Standards und eine sachliche Ausstattung voraus. Für eine gleichberechtigte Teilnahme am Unterricht fehlt es den blinden Kindern an Materialien und Medien, die den aktuellen Standards entsprechen.

Zur Bearbeitung dieser Schulbücher auf der Grundlage der Quelldateien und dem anschließenden Ausdruck für den zur Versand bedarf es folgender Voraussetzungen:

- Hardware (Computer, Scanner, Braille-Drucker)
- Software

Die Kosten für die personellen Aufwendungen für die Herstellung von geeigneten Schulbüchern sind dabei für den Haushalt ebenfalls zu berücksichtigen.

Die erstellten Materialien sollen auch für Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht zur Verfügung gestellt werden.


Ulrike Kessing


Hans-Otto Runkler


Thomas Böhl



30 Jan. 2008
- 06 -

Vorab an LD, EUN, GR in 3
Fraktion
Vors. L. Kessing

Antrag-Nr. 12/277

öffentlich

Datum: 29.01.2008
Antragsteller: FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	03.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Fortführung des Traineeprogramms

Beschlussvorschlag:

Das Traineeprogramm des Landschaftsverbandes wird ab Mitte 2008 mit mindestens fünf weiteren Plätzen fortgeführt. Neben dem humanwissenschaftlichen Schwerpunkt kann auch die ingenieurwissenschaftliche Fachrichtung berücksichtigt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten im Rahmen der Gesamtddeckung ohne Anrechnung auf das Personalkostenbudget im Haushalt bereitzustellen.

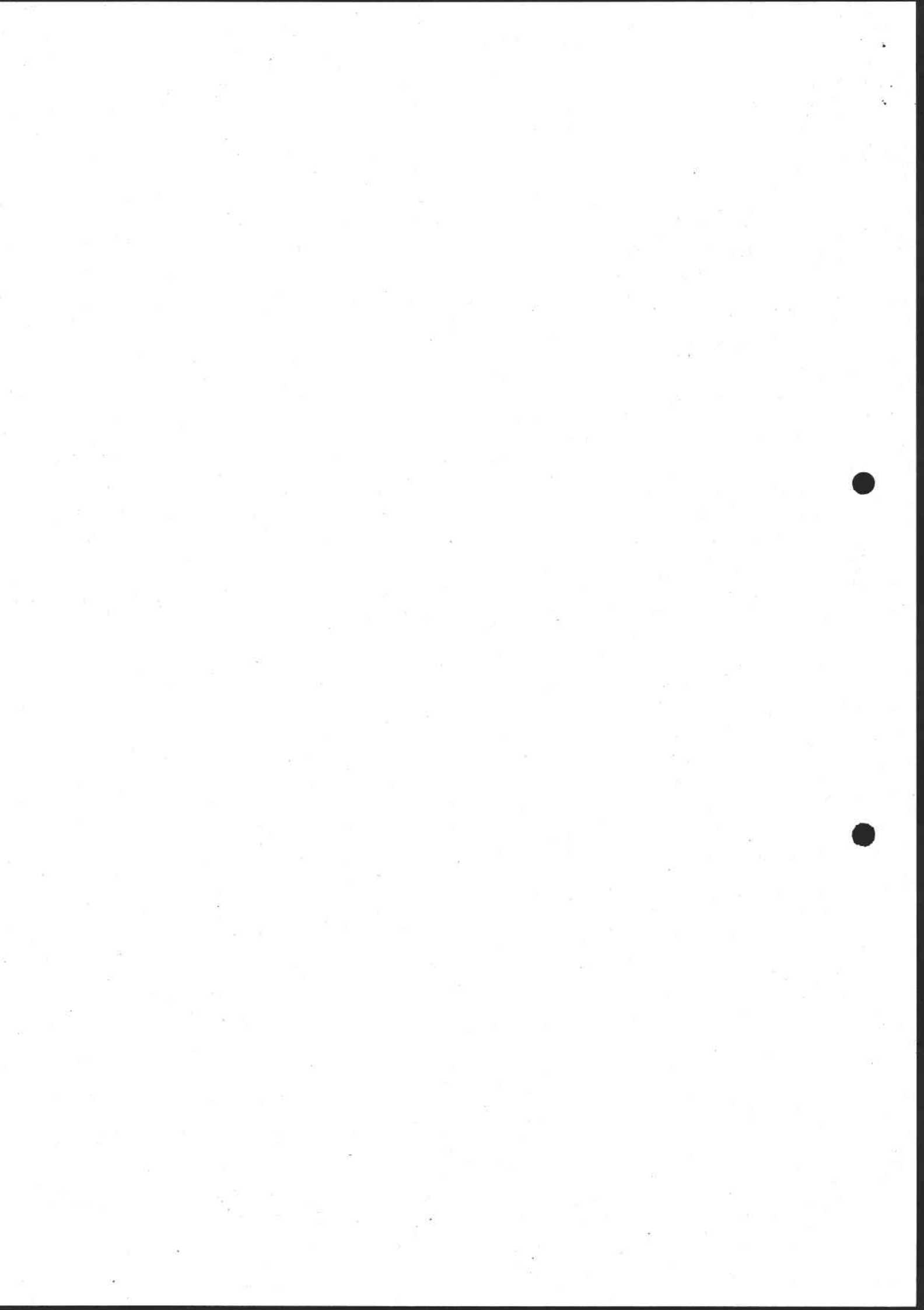
Begründung:

Der Erfolg des im ersten Jahr laufenden Traineeprogramms macht eine Fortsetzung mit mindestens fünf neuen Plätzen sinnvoll. Über das humanwissenschaftliche Spektrum hinaus soll eine Öffnung für den ingenieurwissenschaftlichen Bereich angestrebt werden.

Hans-Otto Runkler

Ulrike Kessing

Thomas Böll



lfd. Nr. 28, Antrag Nr. **12/278** SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP
Der LVR stellt sich seiner Geschichte

Beschluss des Landschaftsausschusses:

„Der Landschaftsverband Rheinland ist nicht nur ein Verband mit Zukunft, sondern er blickt auch auf eine Geschichte zurück, die untrennbar mit der Vorgängerinstitution, dem Provinzialverband, verbunden ist.

Verschiedene Aspekte seiner Geschichte hat der LVR inzwischen beleuchtet, auch die Zeit des Faschismus; hieraus sollte eine systematische Zusammenführung und Analyse erwachsen. Forschungslücken sind zu schließen.

Neben der Aufarbeitung und Dokumentation sollen auch Gegenwart und Zukunft in den Blick genommen werden. Wie können wir dazu beitragen, dass Opfer ihre Würde zurückerhalten, wie mildern wir erlittenes Unrecht und wie immunisieren wir gegen rechtsradikale Ideologien?

Um diese Ziel zu erreichen, werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Forschung über die Arbeit der Kinder- und Jugendheime während des Nationalsozialismus und danach.
- Systematische Aufarbeitung der Vorgeschichte des LVR in der NS-Zeit und danach; dabei auch Forschung nach Widerstand durch Provinzialbeschäftigte und ggf. sichtbare Dokumentation dessen.
- Forschung nach Personen unter den späteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LVR und Mitgliedern der Landschaftsversammlung, die in der NS Zeit Widerstand geleistet oder aber besondere Schuld auf sich geladen haben.
- Fortführung des Besuchs- und Einrichtung eines Unterstützungsprogrammes für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und deren Kinder (Ressourcenbedarf 100.000 €).
- Veröffentlichung eines Bildbandes, der die Ergebnisse der Forschungsreise in die Ukraine zu den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen dokumentiert; die notwendigen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen.
- Präsentation der Geschichte des Rheinlands im 20. Jahrhundert im Internet.“





Eing. - 5. Feb. 2008
06: ANK

29

FDP

Die Liberalen

Vorab an LD, ELR
LRing, Fraktionen,
Vors LVers

Antrag-Nr. 12/279

öffentlich

Datum: 29.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Kulturausschuss	20.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008:
Museen öffnen sich**

Beschlussvorschlag:

Die Museen und Kultureinrichtungen des LVR stellen sich ihrem Vermittlungsauftrag und bieten ihren Besucherinnen und Besuchern ein vielfältiges Angebot. Sie müssen sich stets aufs neue auf Menschen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Zugangsweisen zur Kultur einstellen und Barrieren beseitigen. Um diese Initiativen zu unterstützen, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

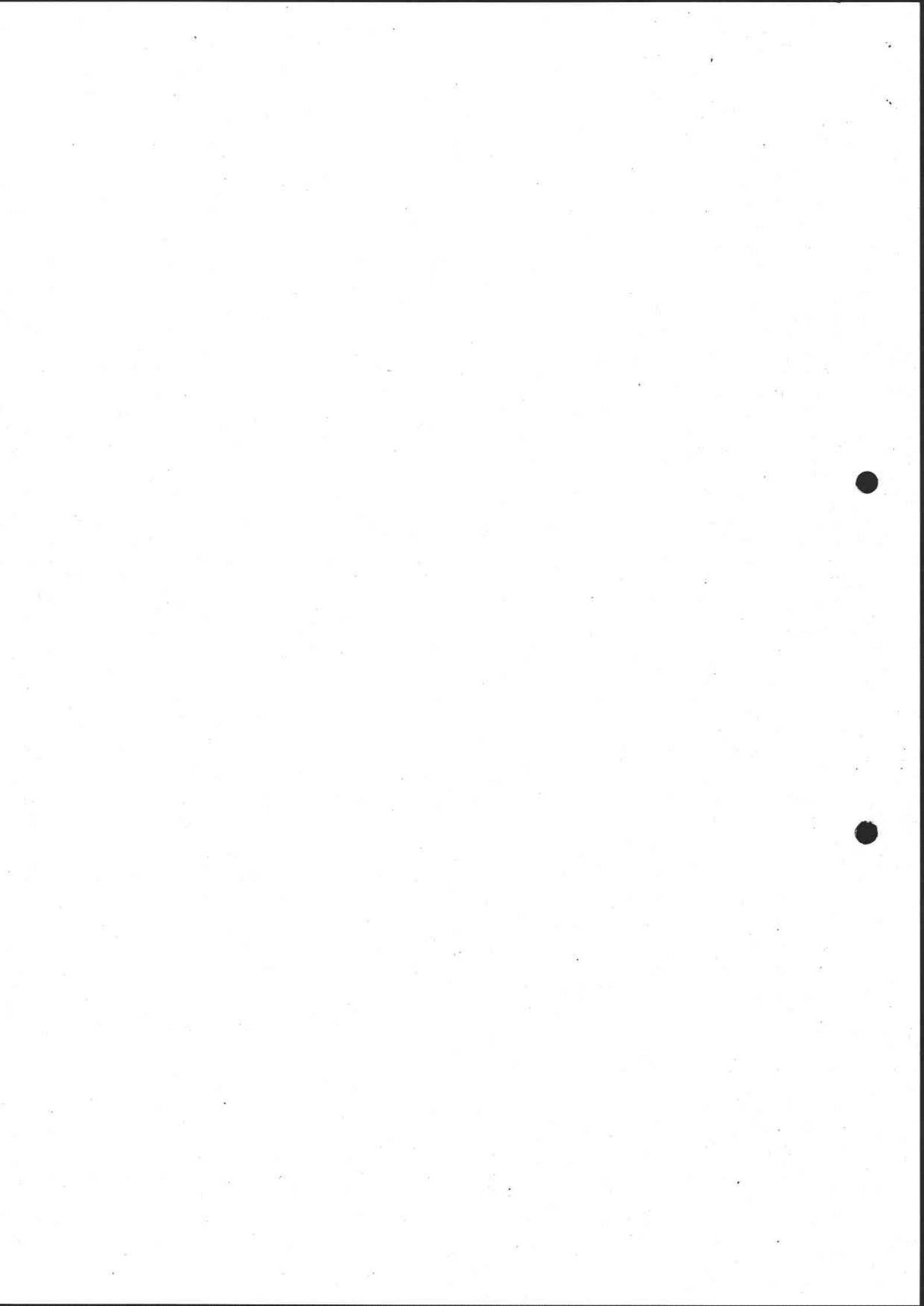
- Modernisierung der Audioguide-Systeme in den LVR-Museen sowie Erstanstaltungen auf dem Stand der Technik beim Max-Ernst-Museum und den Standorten des RIM;
- Museumsführer für gehörlose bzw. hörbehinderte Menschen (nach dem Münsteraner Modell; Ressourcenbedarf 10.000 Euro);
- Optimierung der Radwegweisung mit Hilfe externer Beratung (Antrag 12/107); die notwendigen Ressourcen werden bereitgestellt;
- angemessene Bewerbung von größeren Ausstellungsprojekten durch landes- bzw. euregioweites Marketing; dies ist in das Produktziel aufzunehmen.

Begründung: erfolgt mündlich.

Ulrike Kessing
Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler
Hans-Otto Runkler

Thomas Böll
Thomas Böll





Antrag-Nr. 12/280

Eing. 30. Jan. 2008
- 06 -

öffentlich

*Vors der U, E, L, G, 4
Fraktionen
Vors U, L, G, 4*

Datum: 29.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Landesjugendhilfeausschuss	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Integration in Tageseinrichtungen für Kinder fördern - eine Kita für alle verwirklichen

Beschlussvorschlag:

Ziel ist es, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam aufwachsen können. Um die Integration in den Tageseinrichtungen für Kinder voranzutreiben, wird:

1. die Verwaltung beauftragt,
 - a) ein Anreizprogramm für Träger von Tageseinrichtungen für Kinder zu erarbeiten, das zu einer verstärkten und flächendeckenden Integration von Kindern in Regeleinrichtungen führt. Es soll durch eine unbürokratische Förderung des behinderungsspezifischen Mehraufwands den Tageseinrichtungen die Entscheidung für die Aufnahme von Kindern mit Behinderung erleichtert werden;
 - b) eine Rahmenzielvereinbarung mit der Wohlfahrtspflege zum Abbau der Plätze in Sonderkindergärten abzuschließen.
2. In der Produktgruppe "Leistungen zur vorschulischen Bildung für Kinder mit Behinderungen" (074.01) wird das Ziel wie folgt gefasst:
 "Steigerung des Anteils an integrativen Plätzen in Kindertagesstätten gegenüber dem Anteil an Plätzen in Sonderkindergärten, Abbau der Plätze in Sonderkindergärten. Bis Ende 2008 Abbau von 56 [statt 28] Plätzen in Sonderkindergärten [...] Förderung von maximal 300 [statt 150] Kindern mit Behinderung in Regelkindertagesstätten (Einzelintegration)."
 Die Kennzahlen sind entsprechend anzupassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Kommunen, Eltern und Träger über die Möglichkeiten der Einzelintegration zu informieren.

Begründung:

Kinder mit und ohne Behinderung profitieren von einer gemeinsamen vorschulischen Bildung. Wir wollen deshalb verstärkt integrative Angebote ermöglichen und die Plätze in Sonderkindergärten abbauen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen diesem Ziel.

Der Einzelintegration kommt dabei eine ergänzende Funktion zur integrativen Kindertagesstätte in besonderen Situationen zu (individuelle Gründe, zu lange Fahrwege zu integrativen Einrichtungen etc.). Über die Möglichkeiten scheinen die Betroffenen nur wenig Informationen zu haben.



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler



Thomas Böll



FDP

Die Liberalen

31

Antrag-Nr. 12/282

Eing - 7. Feb. 2008
- 06 - Mx

öffentlich

Carab an LI, ELR
LRin 7, Fraktionen, Vars & Vers
30.01.2008
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Datum:
Antragsteller:

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben fördern

Beschlussvorschlag:

1. Das in Produktgruppe 041.01 genannte Ziel, 500 neue, dauerhafte Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt in 2008 zu fördern, wird ausdrücklich begrüßt. Um dieses Ziel zu unterstützen, ist es sinnvoll, die Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsamtes optimal an die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitgeber anzupassen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit vorzulegen.
2. Maßnahmen wie die Vermittlung von jugendlichen behinderten Menschen in Praktika oder die Gründung und Förderung von Integrationsbetrieben sind verstärkt fortzuführen.
Zur entsprechenden Optimierung der Arbeit des Integrationsamtes sollen die notwendigen Ressourcen bereit gestellt werden.
3. Die Zielsetzung für das Produkt „Leistung zu Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich der Beratung und arbeitsbegleitender Betreuung in Integrationsprojekten“ (041.02) soll erweitert und wie folgt ergänzt werden: „Die Zahl der geförderten Arbeitsplätze soll um mindestens 50 erhöht werden. Angestrebt wird aber eine Ausweitung um 100 Arbeitsplätze. Hierzu sollen alle Finanzierungsmöglichkeiten – auch von dritter Seite - ausgeschöpft werden.“

Begründung:

In 2007 ist die Arbeitslosenquote gesunken. Von dieser positiven Entwicklung profitieren Menschen mit Behinderung bisher nicht. Sie sind nach wie vor überproportional von Arbeitslosigkeit bedroht.

Das Integrationsamt hat vielfältige Angebote und Anreize für Arbeitgeber, Arbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen. Diese Möglichkeiten sind vielen Arbeitgebern jedoch leider nicht bekannt. Um das ehrgeizige Ziel, 500 neue, dauerhafte Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu schaffen, muss auch die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden, so dass die entsprechenden Angebote den Arbeitgebern auch bekannt werden. Beispielhaft seien hier Industrie- und Handelskammern, Arbeitgeberverbände, öffentliche Arbeitgeber und soziale Träger als potenzielle Ansprechpartner genannt.

Integrationsprojekte bieten für Menschen mit Behinderung eine doppelte Chance; sie geben den Betroffenen einen qualifizierten Arbeitsplatz und eröffnen die Chance, auch auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Da die Nachfrage größer ist als das Angebot, ist eine Ausweitung sinnvoll. Finanzierungsmöglichkeiten z. B. durch Mittel des Landes, der ARGEN und Arbeitsagenturen oder aus der Sozialhilfe sind dabei auszuschöpfen.



Ulrike Keesing



Hans-Otto Runkler



Thomas Böhl



32

Antrag-Nr. 12/283

Eing - 7. Feb. 2008
- 06 - Mk

öffentlich

Vorab an LD, ELR, LR in 7
Fraktionen 30.01.2008 Vers LVers.

Datum: 30.01.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2008:
Leistungen zur Beschäftigung weiter verbessern**

Beschlussvorschlag:

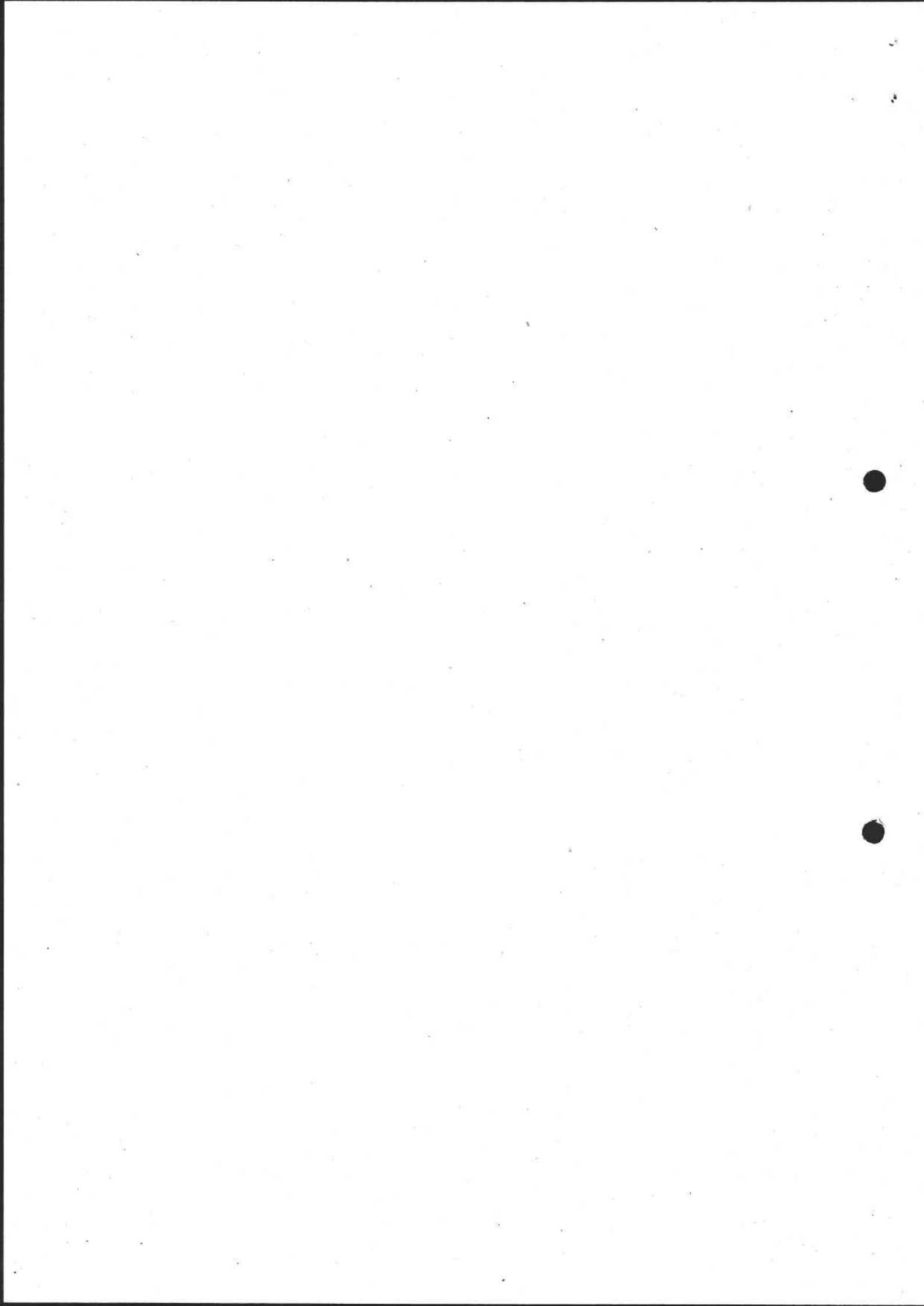
- Das im Produkt „Leistungen zur Beschäftigung“ (05.017.04) formulierte Ziel wird ergänzt um:
„Sicherstellung von Angeboten für Menschen mit einem komplexen Unterstützungsbedarf (z.B. schwerst-mehrfach behinderte Menschen, Menschen mit herausforderndem Verhalten, autistische Menschen)“.
- Das in Produkt „Leistungen zur Tagesstruktur für Menschen mit Behinderungen, die in der eigenen Wohnung leben“ (05.017.05) formulierte Ziel wird ergänzt um:
"Ziel darüber hinaus ist es, ein niedrighschwelliges tagesstrukturierendes Angebot vor allem abends und an den Wochenenden anzubieten."

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Thomas Böhl



CDUCDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Eng. 13. Feb. 2008

-06- Mk

Graf an LD, ELR, LR 7, LR 4
Fraktion, Vors L Vers.**Antrag-Nr. 12/287****öffentlich**Datum: 13.02.2008
Antragsteller: CDU

Sozialausschuss	19.02.2008	empfehlender Beschluss
Landesjugendhilfeausschuss	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:**Haushalt 2008****Modellprojekt Wohnen geistig behinderter Kinder und Jugendlicher in Pflegefamilien**Beschlussvorschlag:

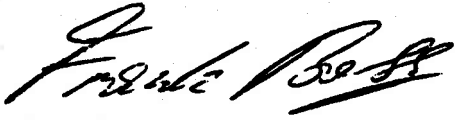
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modellprojekt vorzubereiten, um auch Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen Behinderung die Betreuung in einer Pflegefamilie zu ermöglichen. Die Finanzierung ist aus den Mitteln der Eingliederungshilfe, die andernfalls für deren Wohnheimbetreuung aufzuwenden wäre, sicherzustellen. Das Modellprojekt soll sich auf eine kreisfreie Stadt und einen Landkreis beschränken.

Begründung:

Der Landschaftsverband als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist für die Finanzierung der Wohnhilfen für Kinder und Jugendliche mit einer wesentlichen geistigen Behinderung sachlich zuständig, sofern es sich um Hilfen in (teil)stationärer Form handelt. Eine stationäre Hilfe liegt nur dann vor, wenn die Leistung in einer Einrichtung erbracht wird. Pflegestellen und Pflegefamilien fallen nicht unter den engen Einrichtungsbegriff im Sinne des SGB XII. Diese Betreuungsform ist den ambulanten Wohnhilfen zuzuordnen. Politische Vertretung und Verwaltung des Landschaftsverbandes haben sich im vergangenen Jahr in unterschiedlicher Form mit den Hilfen für geistig behinderte Kinder beschäftigt. Im März 2007 wurde in Düsseldorf eine Fachtagung zur Rechtsposition behinderter Pflegekinder durchgeführt. Deren Initiatorin hatte zuvor im Landesjugendhilfeausschuss insbesondere über die rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten berichtet, für geistig behinderte Kinder eine Betreuung in einer Pflegefamilie als Alternative zu einer Wohnheimunterbringung zu erreichen. Zuständigkeitskonflikte zwischen örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern und den örtlichen Trägern der Jugendhilfe treten vielfach auf, da die Betreuung in Pflegefamilien als solche in den SGB nicht explizit geregelt ist. Es besteht in fachlicher Hinsicht allerdings Konsens darüber, dass eine Betreuung vor allem jüngerer Kinder in einem pflegefamiliären Kontext in vielen Fällen sinnvoller ist als eine Heimunterbringung. Auch Kindern mit einer geistigen Behinderung soll im Sinne des Normalitätsprinzips ein Aufwachsen in einem familiären Rahmen ermöglicht werden, soweit sie nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können.

Beschränkt auf zwei Mitgliedskörperschaften soll daher in enger Abstimmung mit den jeweiligen örtlichen

Sozial- und Jugendhilfeträgern modellhaft erprobt werden, geistig behinderten Kindern, für deren stationäre Betreuung der LVR zuständig ist oder zuständig wäre, eine alternative Betreuungsform in einer Pflegefamilie finanziert mit Mitteln der Eingliederungshilfe zu ermöglichen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Boss', written in a cursive style.

Frank Boss

Eing 20. Feb. 2008

06 -

Vorab an LO, ELR
 LR 4
 Fraktion
 Vers Län

CDU

CDU FRAKTION
 LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
 RHEINLAND

Antrag-Nr. 12/290

öffentlich

Datum: 20.02.2008
 Antragsteller: CDU

Landesjugendhilfeausschuss	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland	21.02.2008	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.02.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Auch schwierigste Schüler brauchen eine qualifizierte Berufsausbildung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für das nachfolgend beschriebene Schülerklientel im Rheinischen Jugendheim Halfeshof in Solingen eine besondere Form der schulischen Förderung und beruflichen Orientierung geschaffen werden kann.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung) werden nach ihrem Schulabschluss Sekundarstufe I in öffentlichen Berufskollegs (Sekundarstufe II) weitestgehend in Vorklassen, Berufsgrundschuljahren und Klassen für Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Da in diesen Klassen alle Schüler aller Schulformen aufgenommen werden, kann ein spezifisches Angebot für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf kaum gewährleistet werden. Sie besuchen dann die für sie vorgesehenen Klassen oft nur unregelmäßig, erscheinen nur noch in der Schülerstatistik und gehen "verloren". Es handelt sich dabei keineswegs nur um Einzelfälle.

Das Rheinische Jugendheim Halfeshof mit seinem angegliederten Berufskolleg hat umfassende, langjährige Erfahrungen in der Förderung dieses Schülerklientels.

In den Werkstätten und der Schule können spezifische Angebote für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Förderschwerpunkt Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung durch geschulte Meister und Lehrer(innen) vorgehalten werden. Diese Angebote dienen dem Aufbau von beruflichen Basisqualifikationen, stellen die Lernmotivation wieder her und bereiten schulische Defizite auf. Die Schule könnte von den Räumlichkeiten max. weitere 15 Schülerinnen und Schüler aufnehmen; in den Werkstätten müsste das Personal aufgestockt werden.

Aufgrund der guten Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Stadtgebiet Solingen könnte ein solches Vorgehen im Rahmen eines Modellprojekts für Schülerinnen und Schüler des Kreises Mettmann erprobt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Boss', with a long horizontal stroke extending to the right.

Frank Boss



Antrag-Nr. 12/297

öffentlich

Datum: 04.03.2008
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	06.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt:
Haushaltssatzung/Umlagesatz, Schuldenabbau fortführen

Beschlussvorschlag:

Der Umlagesatz der Landschaftsumlage wird für das Haushaltsjahr 2008 auf 15,85 v. H. festgesetzt (Senkung um 0,65 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Die Verschuldung des LVR wird bis 2014 um mindestens weitere 100 Millionen Euro reduziert.

Begründung:

Die Sonderbelastung des Landschaftsverbandes Rheinland durch die Sanierungsbeiträge für die WestLB macht es erforderlich, einen Anteil der jeweils 60 Mio. Euro in den Jahren 2008 und 2009 über die Umlage zu finanzieren. Dies führt zu einer Reduzierung der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Umlagesenkung von 0,8 Prozentpunkten um 0,15 Prozentpunkte (ca. 19 Mio. Euro). Die Differenz ist durch Verzicht auf die vorgesehene Sondertilgung der Verschuldung sowie Haushaltseinsparungen darzustellen.

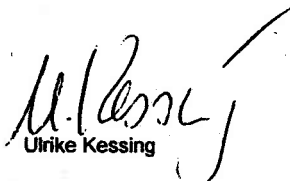
Die antragstellenden Fraktionen wollen gleichwohl an dem Ziel des zügigen Schuldenabbaus festhalten. Die Vorgabe des Innenministers, bis 2008 den Schuldenstand um 100 Mio. Euro zu reduzieren, ist praktisch erfüllt worden. Die Sanierung der WestLB bedeutet zunächst einen schmerzlichen Rückschlag für die Entschuldungsbemühungen; dazu sehen wir aufgrund der Gesamtbelastung der kommunalen Familie freilich keine Alternative.

Gleichwohl bedeuten nicht abgetragene Schulden eine dauerhafte Zinsbelastung, die

die Mitgliedskörperschaften voll über die Umlage zu tragen haben. Daher will die Gestaltungsmehrheit als Beitrag zur kommunalen Solidarität und Generationengerechtigkeit auch für die kommende Wahlperiode ein ambitioniertes Entschuldungsziel verfolgen.



Thomas Böll



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler

in der Landschaftsversammlung Rheinland

Antrag-Nr. 12/300

Eing 05. März 2008
- 06 -

Vorab am 05.03.2008
CD ER
Fraktion
von Uken
Die Linke.

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

05.03.2008
Die Linke.

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	06.03.2008	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.03.2008	Beschluss
Landschaftsversammlung	10.03.2008	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2008:
Entwicklung von Modellprojekten der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ)

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsverband Rheinland stellt konzeptionelle Überlegungen zur fachlichen Begleitung von Menschen mit einem intensiven Hilfebedarf an. Dabei soll die Angebotsstruktur der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) einbezogen werden, z. B. durch Modellprojekte.

Begründung:

Die Sozialpsychiatrischen Zentren sehen sich mit einer nicht unerheblichen Veränderung ihres Klientel konfrontiert. Die Zahl der jungen Klienten steigt, ebenso wie die der Klienten mit hohem Hilfebedarf. Viele junge Menschen mit sozialen Problemen, psychischen Krankheiten und/oder einer Drogenproblematik überfordern die bestehenden Hilfesysteme. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollte die Entwicklung neuer Konzepte z. B. durch die Sozialpsychiatrischen Zentren gefördert werden, die immer stärker mit der Problematik konfrontiert sind.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Detjen

